

# Analyse der Bürgerbeteiligung in Chemnitz, Teil 1

Auswertung der Bürgerumfrage und der  
Akteursumfrage 2011

Chemnitz, Juli 2011  
Diana Zierold

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2. Auswertung der Bürgerumfrage</b>	<b>3</b>
2.1 Aussagen zur Bürgerbeteiligung allgemein/ Engagementbereitschaft	6
2.2 Einwohnerversammlungen	10
2.3 Bürgerhaushalt	17
2.4 Internetnutzung	19
2.5 Anmerkungen und Anregungen aus der Bürgerschaft	21
2.6 Zwischenfazit Bürgerumfrage	21
<b>3. Auswertung der Akteursumfrage</b>	<b>22</b>
3.1 Vernetzungen	22
3.2 Formen der Einflussnahme auf Entscheidungen der kommunalen Verantwortungsträger	24
3.3 Beteiligung übers Internet	26
3.4 Zwischenfazit Akteursumfrage	29
<b>4. Ergebnisse Bürgerplattform Brühl</b>	<b>30</b>
<b>5. Fazit und Ausblick</b>	<b>33</b>
<b>6. Quellenangabe</b>	<b>34</b>
<b>Anhang</b>	
Anschreiben Bürgerumfrage	
Fragebogen Bürgerumfrage	
Anschreiben Akteursumfrage	
Fragebogen Akteursumfrage	

## 1. Einleitung

Im Folgenden geht es um eine erste Analyse der Bürgerbeteiligung in Chemnitz, die sich auf die beiden Umfragen bei den Bürger/innen und den Akteuren aus den Vereinen, Initiativen und Institutionen stützt. Es stellt eine erste Analyse dar, da in den folgenden Monaten Einzel- und Gruppeninterviews mit Akteuren aus Chemnitz geführt werden sollen. Hier werden die Ergebnisse noch einmal vertieft und auf Relevanz geprüft. Die Umfragen dienen in erster Linie einer ersten Einschätzung, von der ausgehend weitere Schritte geplant werden können. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen sind die Umfragen nicht repräsentativ, sondern stellen einen Trend dar.

Die Akteursbefragung war in zwei Teile gegliedert - Teil 1 diente der Vorarbeit für einen Bürgerbeteiligungsatlas und fließt in diese Ausarbeitung nicht ein, die Ergebnisse des Teils 2 werden in Kapitel 3 dargestellt. Zunächst beschäftigt sich Kapitel 2 mit der Auswertung der Bürgerumfrage. In Kapitel 4 wird noch einmal Bezug auf die im Mai 2011 stattgefundenene Bürgerplattform Brühl Bezug genommen.

## 2. Auswertung der Bürgerumfrage

Anfang des Jahres 2011 wurde in Chemnitz eine Bürgerumfrage durchgeführt. Die Fragebögen lagen während den in dieser Zeit stattfindenden Einwohnerversammlungen und im Bürgerbüro aus. Weiterhin gab es die Möglichkeit, den Fragebogen im Internet auszufüllen. Die Bürger/innen, die im Bürgerforum 2011 involviert waren, wurden ebenfalls um eine Teilnahme an der Befragung gebeten. In Tabelle 1 ist nachzulesen, woher die Fragebögen jeweils stammten.

**Tabelle 1: Herkunft der ausgefüllten Fragebögen**

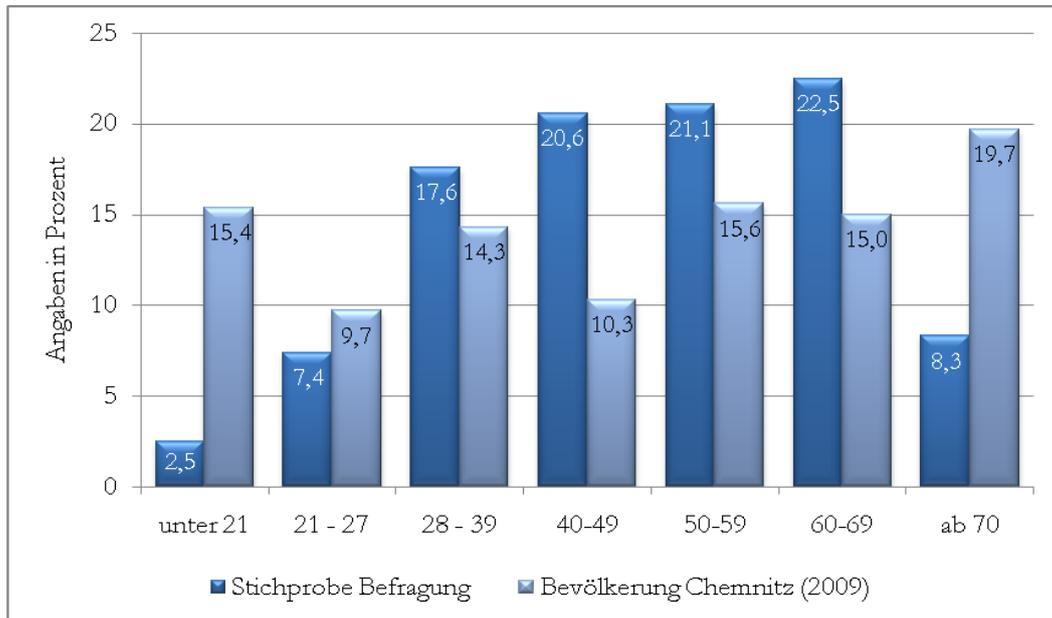
	Häufigkeit	Prozent
<b>Einwohnerversammlung</b>	27	12,7
<b>Internet (www.chemnitz.de)</b>	51	23,9
<b>Bürgerbüro</b>	10	4,7
<b>Bürgerforum 2011</b>	123	57,7
<b>Keine Angabe</b>	2	1,0
<b>Gesamt</b>	213	100

Wie ebenfalls in Tabelle 1 zu erkennen ist, haben sich bis zum 01.04.2011 213 Bürger/innen der Stadt Chemnitz an der Umfrage beteiligt. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse sind nicht repräsentativ, sondern stellen lediglich die Einschätzung eines Trends dar. Aufgrund der Ergebnisse lassen sich Aussagen zur Bürgerbeteiligung in Chemnitz treffen, die durch anschließende qualitative Befragungen verschiedener Bürger/innen und Akteure aus Chemnitz vertieft und untermauert bzw. ergänzt werden sollen.

Zunächst werden in den folgenden Abbildungen und Tabellen die statistischen Daten der Befragten dargestellt und dort, wo es möglich war, mit der Gesamtbevölkerung von Chemnitz verglichen.

Bei der Verteilung der Altersgruppen zeigt sich, dass der Anteil der 28-69Jährigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich höher ist, was Befragungen allgemein inhärent ist, da es i.d.R. die Hauptzielgruppen sind.

**Abbildung 1: Verteilung der Befragungsteilnehmer/innen auf Altersgruppen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung Chemnitz<sup>1</sup> (Angaben in Prozent)**



Die nachfolgenden Tabellen zu den Schul- und Berufsabschlüssen weisen auf einen hohen Anteil an höher Gebildeten unter den Befragten hin.

**Tabelle 2: Höchste Schulabschlüsse der Befragten**

	Häufigkeit	Prozente
Hauptschule	15	9,5
Realschule	56	35,4
Fach(hoch)schule	21	13,3
Abitur	62	39,3
Sonstiges	4	2,5
<b>Gesamt</b>	<b>158</b>	<b>100</b>

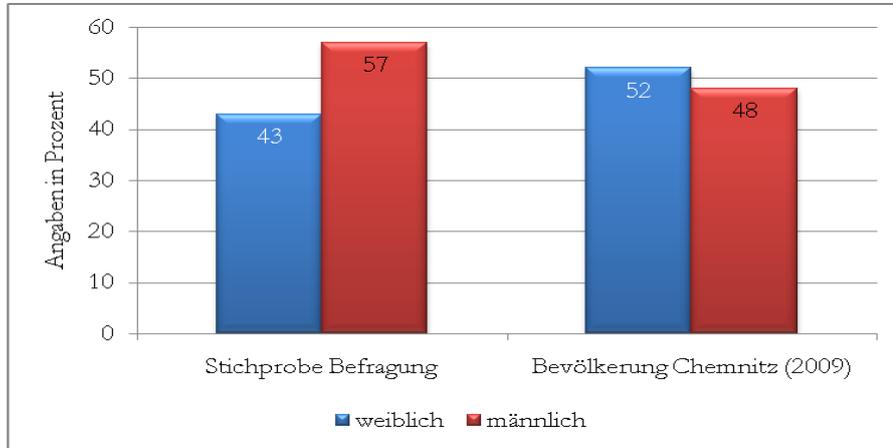
**Tabelle 3: Höchste Berufsausbildung der Befragten**

	Häufigkeit	Prozente
keine abgeschlossene Ausbildung	1	0,5
Teilfacharbeiter	5	2,7
Facharbeiter	42	22,6
Meister oder vergleichbarer Abschluss	12	6,5
Fachschulabschluss	32	17,2
Hochschulabschluss	76	40,9
Promotion	17	9,1
Sonstiges	1	0,5
<b>Gesamt</b>	<b>186</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Die Angaben zur Gesamtbevölkerung entstammen den Statistischen Informationen. Stadtteile 2009, S. 17

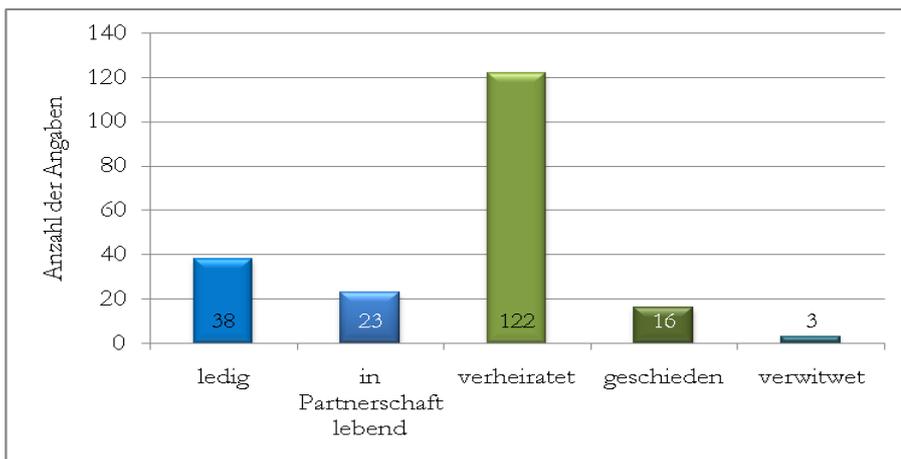
An der Umfrage haben sich mehr Männer als Frauen beteiligt, wohingegen in der Chemnitz Bevölkerung der Anteil der Frauen etwas höher als der der Männer ist.

**Abbildung 2: Geschlecht der Befragten im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung<sup>2</sup> (Angaben in Prozent, N=205)**

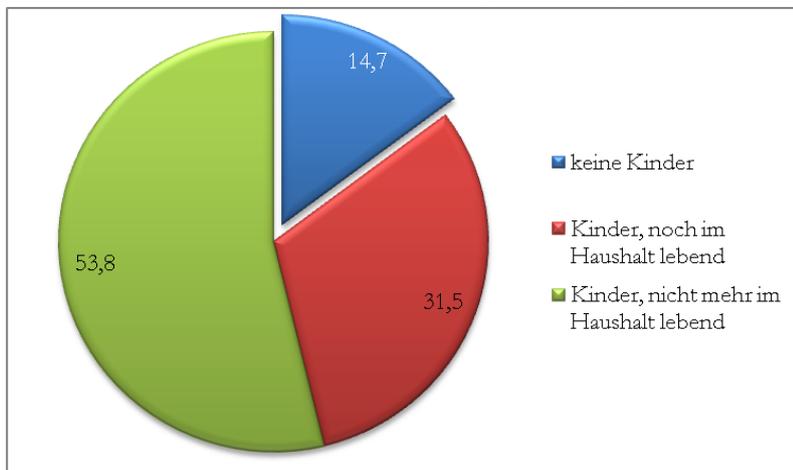


Der größte Teil der Umfrageteilnehmer/innen verheiratet und 85,3% gaben an Kinder zu haben.

**Abbildung 3: Familienstand der Befragten (Angabe in absoluten Zahlen, N=202)**



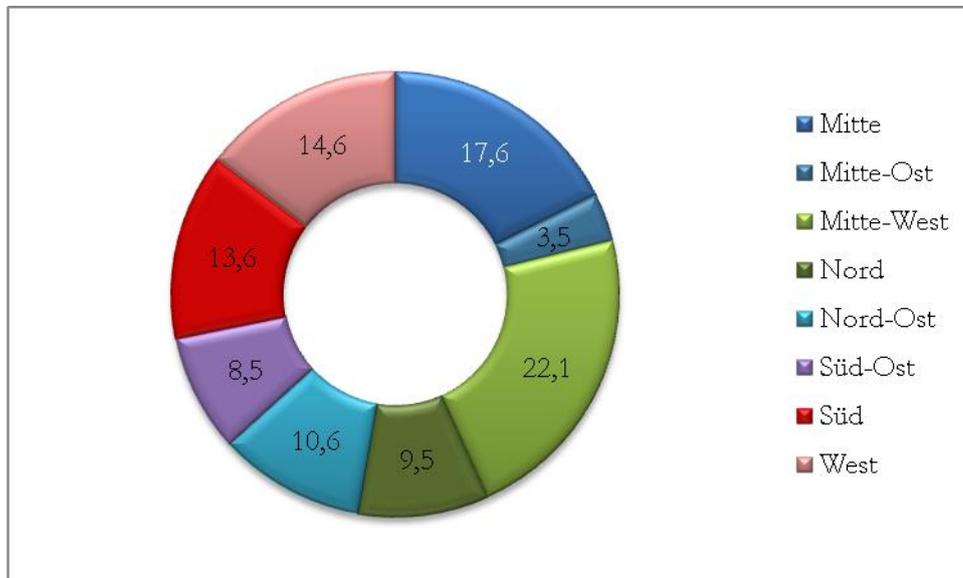
**Abbildung 4: Überblick Kinder der Befragten (Angaben in Prozent, N=156)**



<sup>2</sup> Die Angaben zur Gesamtbevölkerung entstammen den Statistischen Informationen. Stadtteile 2009, S. 6

Die Verteilung der Befragten auf die Stadtgebiete widerspiegelt annähernd auch die realen Einwohnerzahlen der Stadtteile, so dass diesbezüglich keine Verschiebungen in den Ergebnissen zu finden sein werden.

**Abbildung 5: Verteilung der Befragten auf die Stadtgebiete (Einwohnerversammlungsgebiete) (Angaben in Prozent, N=199)<sup>3</sup>**



### 2.1. Aussagen zur Bürgerbeteiligung allgemein/ Engagementbereitschaft

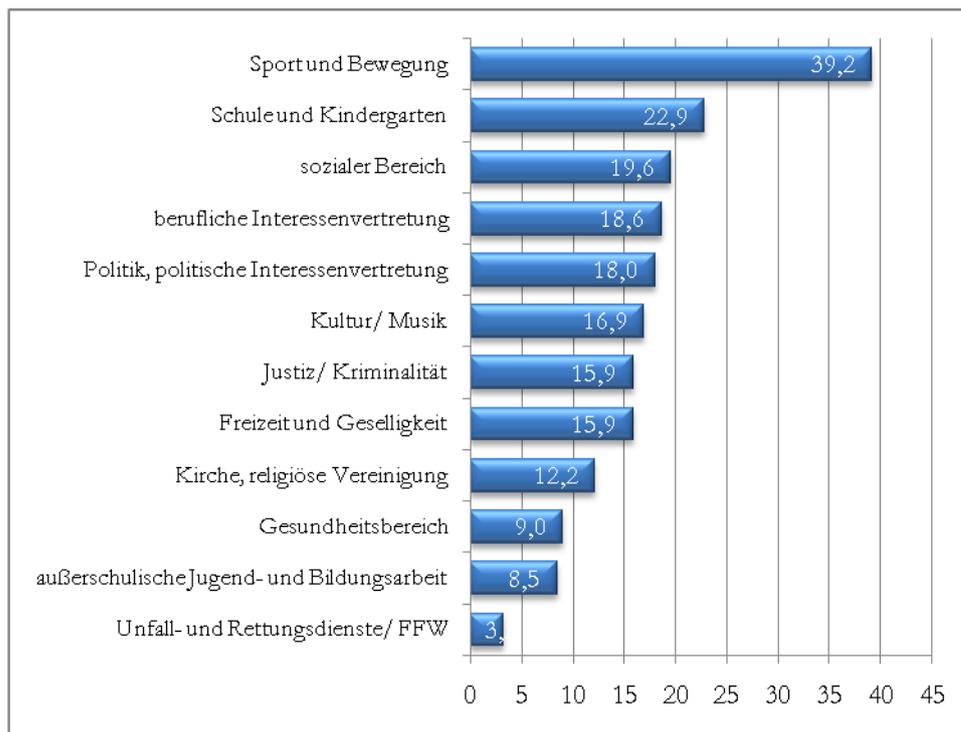
Um die Bürgerbeteiligung in Chemnitz einschätzen zu können, ist es wichtig, Angaben zum bisherigen bzw. gewünschten Engagement und zu den Themen der (gewünschten) Beteiligung zu erheben.

Durch den Freiwilligensurvey 2009 kann für Deutschland gezeigt werden, dass insgesamt ca. 71% der Bevölkerung in Vereinen, Organisationen, Gruppen oder öffentlichen Einrichtungen teilnehmend aktiv sind. Zum Bereich der freiwillig Engagierten zählen 36%, d. h. etwa die Hälfte der teilnehmend Aktiven übernimmt „bestimmte Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen in der Zivilgesellschaft“ (Gensicke/ Geiss 2010, S. 5), wobei die größeren Bereiche des Engagements in Sport und Bewegung, Schule/ Kindergarten, Kirche/ Religion, Sozialem Bereich, Kultur/ Musik und Freizeit/ Geselligkeit zu finden sind. Politik/ Interessenvertretung und Lokales Bürgerengagement liegen in der Untersuchung im hinteren Bereich des Engagements. Hinzu kommen noch 37% der Befragten, die bestimmt (11%) bzw. eventuell bereit (26%) wären, sich freiwillig zu engagieren. In Sachsen liegt der Schnitt der freiwillig Engagierten bei 33% (ebd. S. 25). Diese Zahlen finden sich auch in ähnlicher Form in der 2011 durchgeführten Bürgerumfrage in Chemnitz wieder. Insgesamt gaben 77% der Befragten an, sich freiwillig zu engagieren bzw. engagieren zu wollen und liegen damit geringfügig über dem Schnitt von 73% des

<sup>3</sup> Die einzelnen Stadtteile wurden anhand der Stadtgliederung für Einwohnerversammlungen ([http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger\\_und\\_rathaus/einwohnerfragen/downloads/Versammlungsgebiete2009.pdf](http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger_und_rathaus/einwohnerfragen/downloads/Versammlungsgebiete2009.pdf)) den entsprechenden Einwohnerversammlungsgebieten zugeordnet. Im Fragebogen wurde der Stadtteil erfragt.

Freiwilligensurvey<sup>4</sup>. Auch in den Bereichen des Engagements zeigten sich Übereinstimmungen zwischen den Chemnitzer Befragten und denen des Freiwilligensurveys: die häufigsten Nennungen fallen auf den Bereich Sport und Bewegung (39,2%), Schule/ Kindergarten (22,9%), sozialer Bereich (19,6%). Mit 18% der Nennungen ragt allerdings in der Chemnitzer Stichprobe der Bereich Politik und politische Interessenvertretung heraus, was durch die Stichprobenszusammensetzung erklärbar sein könnte, d. h. dass Interessierte aus diesen Bereichen eher bereit sind an Umfragen zum Thema teilzunehmen.

**Abbildung 6: Bereiche des Engagements der Befragten (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N= 189)**



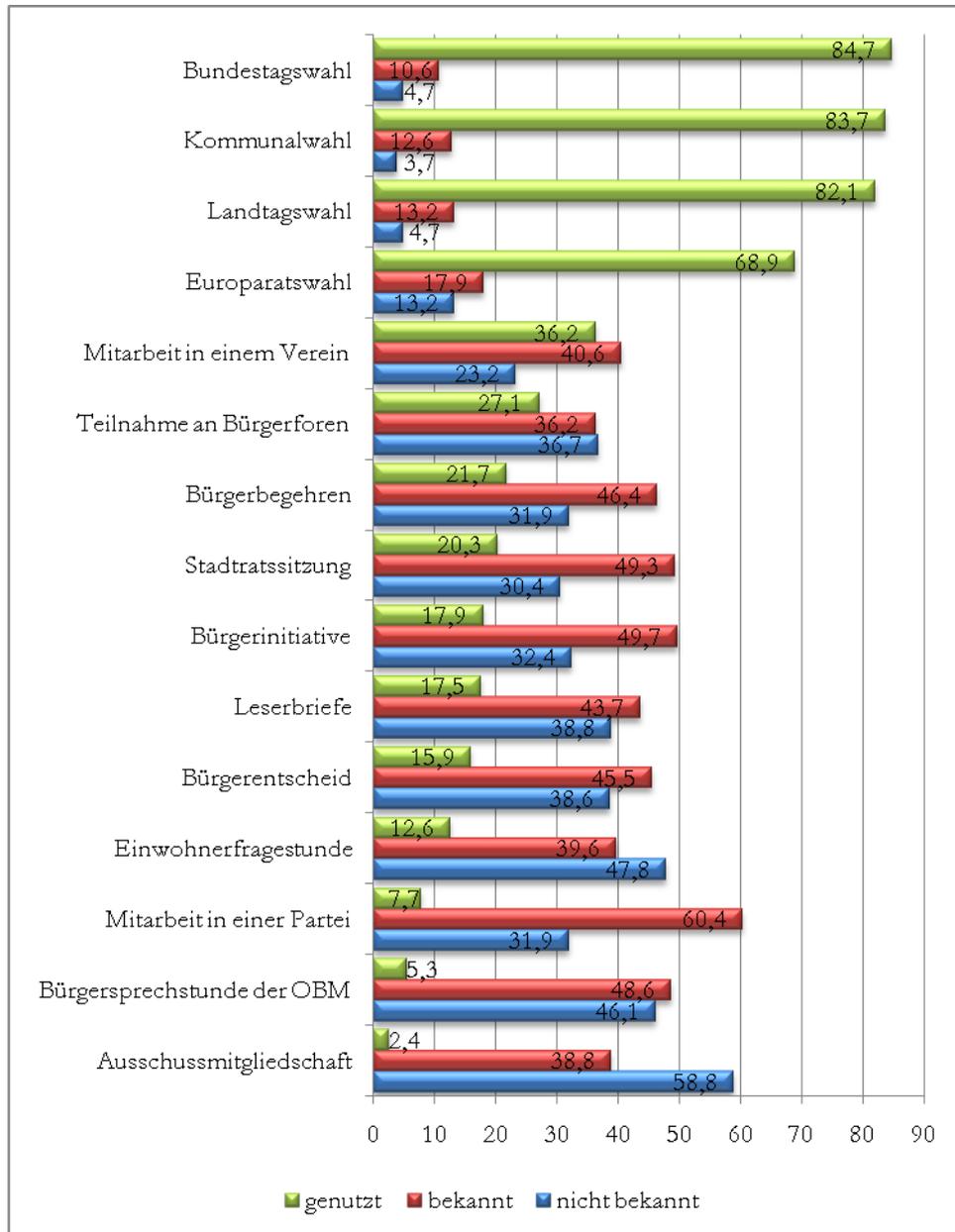
Neben dem freiwilligen Engagement sind die Kenntnis und die Nutzung der (formellen und informellen) Beteiligungsmöglichkeiten ein weiterer Aspekt der Bürgerbeteiligung. Die meistgenutzten und bekanntesten sind Wahlen – hier v. a. die Bundestagswahlen, die Kommunalwahlen und die Landtagswahlen, von denen jeweils über 80% der Befragten angaben, diese Form der Beteiligung bereits genutzt zu haben.<sup>5</sup> Eine Ausschussmitgliedschaft, Einwohnerfragestunden sowie die Bürgersprechstunde bei der Oberbürgermeisterin sind bei den befragten Chemnitzerinnen und Chemnitzern am unbekanntesten. Bei diesen Beteiligungsformen besteht die Möglichkeit, direkt vor Ort die Probleme, die die Bürger/innen beschäftigen, anzusprechen. Warum diese dennoch so wenig bekannt sind und genutzt werden, müsste noch einmal genauer betrachtet werden. Die Ergebnisse der Bürger/innen in Chemnitz spiegeln im

<sup>4</sup> Zusammengesetzt aus den bereits freiwillig engagierten (36%) und zum Engagement bereit (37%) Bürger/innen.

<sup>5</sup> Was sowohl eine einmalige als auch eine regelmäßige Teilnahme an den jeweiligen Wahlen beinhalten kann und somit keine Aussage zur allgemeinen Wahlbeteiligung darstellt.

Großen und Ganzen die Resultate anderer Untersuchungen zur Bürgerbeteiligung in Deutschland wider.

**Abbildung 7: Angaben zu den allgemeinen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N=207)<sup>6</sup>**

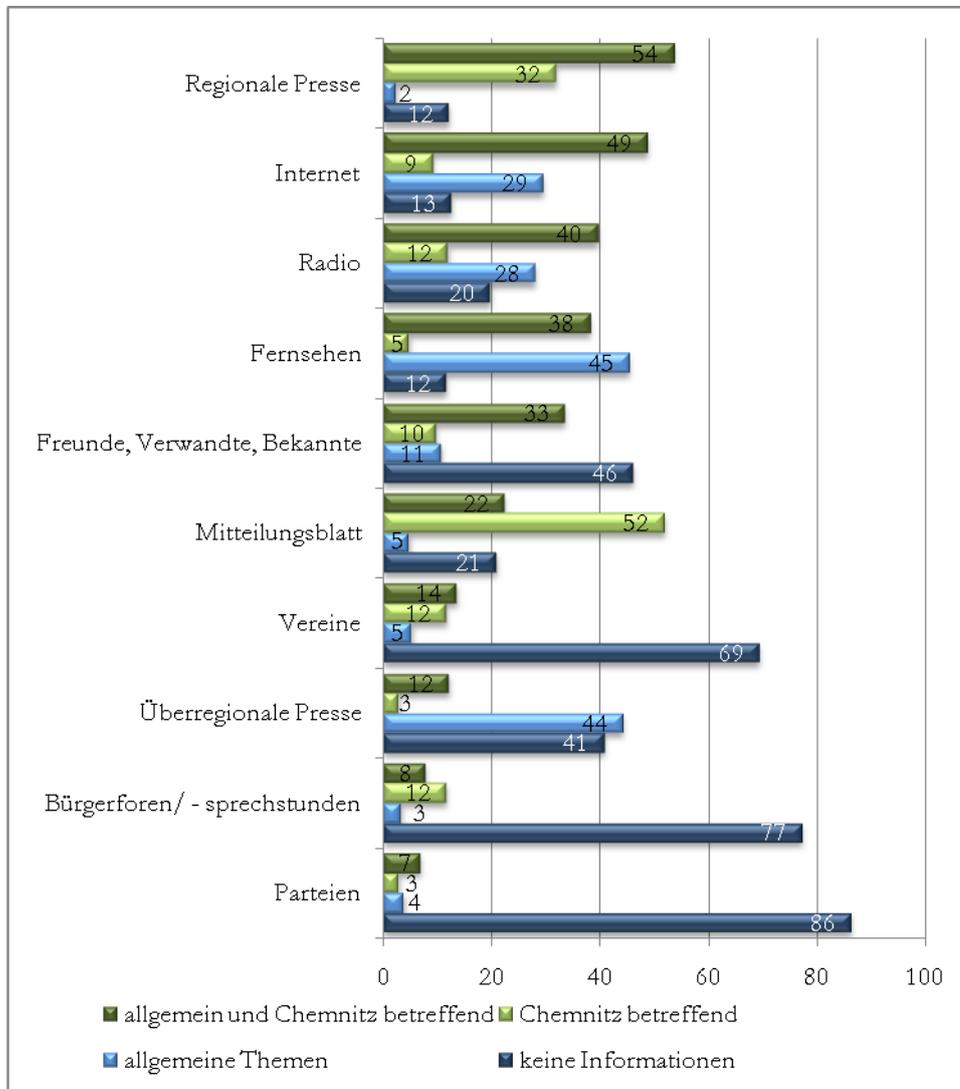


Zur Verbesserung der Kenntnis über Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich. Die Öffentlichkeitsarbeit muss so beschaffen sein, dass sie eine breite Bevölkerungsmasse anspricht, verständlich und einladend ist sowie alle notwendigen Informationen enthält. In der Bürgerumfrage wurden die Chemnitzer/innen um eine Auskunft

<sup>6</sup> In der Befragung gab es die Möglichkeit anzugeben, ob man die entsprechende Art der Beteiligung bereits schon einmal genutzt hat und ob sie bekannt oder nicht bekannt ist. Dabei heißt eine Nutzung, dass sie auch bekannt ist, so dass der Balken „bekannt“ in der Abbildung darstellt, dass die Möglichkeit der Beteiligung bekannt ist, aber von den Befragten noch nicht genutzt wurde.

gebeten, woher sie ihre Informationen über gesellschaftliche und politische Themen gewinnen, bezogen auf Chemnitz betreffende und allgemeine Themen.

**Abbildung 8: Herkunft der Informationen zu gesellschaftlichen und politischen Themen (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N=207)**



Deutlich wird, dass die Hauptinformationsquelle für Chemnitzer Themen das Mitteilungsblatt der Stadt ist, gefolgt von der regionalen Presse. Der Vorteil des Mitteilungsblattes ist, dass alle Haushalte damit (theoretisch) erreicht werden können, wohingegen die Regionalpresse abonniert bzw. gekauft werden muss, um die darin enthaltenen Informationen zu erhalten.<sup>7</sup> Dieses Ergebnis unterstreicht die Wichtigkeit der Einbeziehung der regionalen und kostenlosen Medien in die Informationsverbreitung.

Bei den allgemeinen Themen besitzen die Medien Fernsehen und überregionale Presse bei den Befragten die Informationshoheit.

<sup>7</sup> Eine weitere Möglichkeit ist der Aushang der Tageszeitung in der Schautafel der Freien Presse.

Eine weitere Frage zum Thema der allgemeinen Bürgerbeteiligung war die nach den Themen und Formen, zu denen sich die befragten Bürger/innen eine zukünftig stärkere gesellschaftliche und politische Beteiligung in Chemnitz vorstellen können. Zentrale Themen waren hier:

- Stadtentwicklung
- Verkehrsentwicklung
- ÖPNV
- Radwege(netz)
- Kultur
- Freizeit
- Bildung/ Bildungseinrichtungen
- Kinderfreundlichkeit
- Klimaschutz
- Bürgerhaushalt
- Soziale Themen (Seniorenarbeit, Behindertenproblematik u.ä.)
- „Mitspracherecht bei allen infrastrukturellen Fragen des Stadtteils“

Äußerungen zur Form der Beteiligung gab es hingegen wenige. Diese bezogen sich auf ehrenamtliche Tätigkeit, Unterschriftenaktionen, Vereinsmitarbeit, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen, Mitarbeit in Ausschüssen, im Stadtrat oder einer Partei sowie die Teilnahme an Bürgerforen und Einwohnerversammlungen. Einige der Befragten gaben an, dass sie schon sehr umfangreich eingebunden sind (sowohl beruflich als auch ehrenamtlich), so dass eine weitere Beteiligung nicht möglich sei.

## 2.2. Einwohnerversammlungen

Mehr als die Hälfte (61,1 %) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab an, noch nie an einer Einwohnerversammlung teilgenommen zu haben, 23,6 % haben eine und 15,4 % bereits mehrere Einwohnerversammlungen besucht.

**Tabelle 4: Teilnahme an Einwohnerversammlungen**

	Häufigkeit	Prozent
<b>nein</b>	127	61,1
<b>ja, ein Mal</b>	49	23,6
<b>ja, mehrmals</b>	32	15,4
<b>Gesamt</b>	208	100,0

Von den 127 Personen, die angaben, noch nie an einer Einwohnerversammlung teilgenommen zu haben, begründeten dies 49 Personen (38,3 %) damit zeitlich verhindert gewesen zu sein, 43 (33,9 %) damit, dass es ihnen nicht bekannt war, dass Einwohnerversammlungen stattgefunden haben und 10 (7,9 %) hatten von vornherein kein Interesse.<sup>8</sup> In einer offenen Abfrage konnten

<sup>8</sup> Diese drei Angaben waren im Fragebogen vorgegeben.

die Befragten weitere Gründe für eine Nicht-Teilnahme benennen. Die folgenden Punkte fassen diese Antworten grob zusammen:

- mangelnde Information
- schlechte Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte
- zu großer Einzugsbereich, d. h. eine lokale Verkleinerung wird gewünscht
- Zeitpunkt des Beginns zu früh für einige Berufstätige
- Themen/ Inhalte (noch nicht ansprechend, nicht von Interesse)
- Bisherige Berichterstattung in den Medien bzw. Erfahrungsberichte von Teilnehmern eher abschreckend (zu unsachlich)
- Gefühl, nichts erreichen zu können bzw. als Bürger nicht entsprechend Berücksichtigung zu erhalten

Befragt, in welcher Eigenschaft sie die Einwohnerversammlung besuchten, gab die große Mehrheit der Befragten an, dass sie als interessierte Bürger/innen die Veranstaltung besuchten. Einige wenige waren in einer besondere Funktion anwesend, wozu z. B. die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, einem Verein und/ oder dem Ortschafts- oder Stadtrat zählen.

An der Befragung beteiligten sich Bürger/innen aus allen Stadtteilen von Chemnitz. Es lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Teilnahme an einer Einwohnerversammlung und der Zugehörigkeit zu einem Einwohnerversammlungsgebiet erkennen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass es in den einzelnen Gebieten ein etwa gleich großes Interesse an den Versammlungen seitens der Befragten gibt. Die anschließende Tabelle 5 bildet die Teilnahme an den Einwohnerversammlungen bezogen auf die Zugehörigkeit der Befragten zu einem Versammlungsgebiet sowie die Verteilung im Stadtgebiet ab.

**Tabelle 5: Kreuztabelle: Teilnahme an Einwohnerversammlungen und Stadtteil**

Stadtteil	teilgenommen an EWW			Gesamt
	nein	ja, ein Mal	ja, mehrmals	
Mitte	16	19	0	35
Mitte-Ost	6	0	1	7
Mitte-West	36	5	3	44
Nord	11	5	3	19
Nord-Ost	12	3	6	21
Süd-Ost	11	0	6	17
Süd	11	13	3	27
West	19	3	7	29
<b>Gesamt</b>	122	48	29	199

Eine weitere Frage im Fragebogen war, aus welchem Grund die befragten Personen an einer oder mehreren Einwohnerversammlungen teilgenommen haben. Diese Frage wurde ohne Vorgaben gestellt, so dass die folgende Auflistung eine Zusammenfassung der häufigsten Antworten darstellt. Zu den genannten Gründen einer Teilnahme zählen:

- Das Interesse an dem Thema/ den Themen
- Das Interesse an der aktuellen und zukünftigen Entwicklung des jeweiligen Stadtteils
- Der Wunsch nach Informationsgewinn und –austausch, „Informationen aus erster Hand erhalten“
- Spezielle/ konkrete Probleme und Anliegen, wie bspw. das Wohngebiet, ÖPNV, das Radnetz, Schulschließungen, Verkehr, Straßenbau, Müllverbrennung, Lärmschutz
- Der Wunsch nach Meinungsäußerung und das Einbringen von Themen
- Die Hoffnung auf die „Möglichkeit zum direkten Hinterfragen von stadtplanerischen Entscheidungen der Kommune“
- Das „Einbringen von Berufs- und Lebenserfahrung in Entscheidungsfindung“
- Die Teilnahme als Vertreter/in von Vereinen und/ oder Institutionen

Diejenigen, die bereits Einwohnerversammlungen beigewohnt haben, konnten sich dazu äußern, welche Themen sie besonders interessant fanden. Auch zu dieser offenen Frage sind nachfolgend die häufigsten Antworten zusammengefasst wiedergegeben.

- Die städtebauliche Entwicklung
- Die Bauvorhaben (hier v.a. im eignen Stadtgebiet)
- Die Verkehrskonzeptionen/ Verkehrsplanungen (allgemein und die Stadtteile betreffend, einzelne Straßen – wie bspw. B174 betreffend)
- Hochwasserschutz
- Bildungspolitik (Schulschließungen, -standorte, Kindertagesstätten)
- Umweltfragen
- Jugend- und Verbandsarbeit, Erhalt von Einrichtungen
- Ordnung und Sicherheit
- Sanierung einzelner Gebäude
- Lösungsansätze der Stadt für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger
- „Mitbestimmung zu Bau- und sozialen Projekten (nicht nur One-Way-Kommunikation)“

Die zukünftig gewünschten Themen der Einwohnerversammlungen bewegen sich in ähnlichen Rahmen und werden auch wiederum zusammenfassend dargestellt:

- Allgemeiner Überblick zu aktuellen Situation im Stadtgebiet
- Zukünftige Entwicklung Stadtgebiet
- Stärkung der Mitwirkungsrechte in den Orts-/ Stadtteilen
- Informationen über anstehende politische Entscheidungen
- Bauvorhaben

- Verkehrsanbindung, ÖPNV, Verkehrskonzepte
- Umweltthemen
- Instandsetzung einzelner Gebäude und Straßen
- Weiternutzung leer stehender Gebäude (bspw. Schulen)
- Energieversorgung in Chemnitz
- Spielplätze
- Familienfreundlichkeit
- Einkaufsmöglichkeiten
- Besiedlung mit einzelnen Angeboten (Arztpraxen
- Bürgerhaushalt
- Kulturelle Themen, Vereinsförderung
- Grundsteuerunterschiede Stadt – Land
- Privatisierungsprozesse der städtischen Infrastruktur bzw. Re-Kommunalisierung privatisierter Objekte
- Förderung der regionalen Wirtschaft
- „Zettelkasten für schriftlich festgehaltene Probleme und Fragen“
- „Was muss getan werden, dass mehr Identität mit der eigenen Stadt geschieht?“

Es gab bei dieser Frage einige Äußerungen, dass das bisherige Konzept der Einwohnerversammlungen schon recht gut ankommt bei den Befragten und es keine wesentlichen Änderungswünsche der Themen gibt. Einige der Teilnehmer/innen der Befragung sprechen aber auch hier bereits an, dass sie sich mehr Mitspracherecht, mehr Ehrlichkeit und eine frühzeitige Einbindung in die Entscheidungen wünschen. Dabei geht es u. a. auch darum, dass den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationen sowie Informationen über das Zustandekommen und den (wirklichen) Stand von Planungen und Entscheidungen wichtig sind. Eine stärkere Transparenz des Wirkens der Verwaltung und des Stadtrates werden gewünscht.

Die beiden nächsten Fragen im Fragebogen gaben den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich dazu zu äußern, was Ihnen an den Einwohnerversammlungen bisher gefiel und welche Änderungswünsche sie für zukünftige Versammlungen einbringen möchten.

Bei den als gut empfundenen Dingen fällt auf, dass hier von vielen Befragten die Anwesenheit der Oberbürgermeisterin sowie weiterer Bürgermeister/innen, Dezernentinnen und Dezernenten und kompetenter Mitarbeiter/innen der Verwaltung benannt werden. Hervorgehoben wird weiterhin die gute Versammlungsführung durch Frau OB Ludwig sowie das Bemühen um sachliche Antworten bei fast allen Podiumsgliedern, selbst dann, wenn die Fragen und Äußerungen aus dem Publikum teilweise unsachlich und stark emotionalisiert sind. Weitere positiv angemerkte Punkte der Einwohnerversammlungen sind:

- Offene Diskussion aller Probleme und Vorhaben
- Möglichkeit des Fragen-Stellens, großes Zeitfenster dafür

- Inhaltliche Gestaltung
- Qualität der Präsentation
- Zugang zu Zahlen und Fakten
- Hinweise zu Verbesserungsvorhaben
- Gute Moderation
- Möglichkeit, Vorträge anschließend im Internet nachzulesen
- Stadtteilbezogenheit
- „Dass es sie überhaupt gibt“

Allerdings gab es auch hier einige (wenige) kritische Äußerungen, wie: „ich empfand alles etwas lieblos und mehr auf Pflichttermin getrimmt“, ungenügende Informationen im Vorfeld, dass die fachliche Kompetenz etwas besser sein könnte und dass die Veranstaltung zu groß war. Ein Teil dieser Äußerungen findet sich im nächsten Punkt: Verbesserungsvorschläge wieder.

Aufgrund der Bandbreite der Äußerungen, die kaum Zusammenfassungen zulassen, werden die meisten Antworten nach Themen geordnet wortwörtlich wiedergegeben. Gleiche Antworten wurden nur einmal genannt.

Öffentlichkeitsarbeit:

- mehr aktualisierte Hinweise (Broschüren, Tafeln an Litfasssäulen, Flyer usw.)
- Themenzusammenfassung in der Presse (Vorträge liegen in schriftlicher Form ja schon vor)
- mehr Informationstafeln zu aktuellen Planungen, keine Auslage veralteter Prospekte
- längerfristige und reichweitenstärkere Ankündigung, offizielle Anmeldeöglichkeiten für Vereine (anstatt nur Unternehmen mit städtischer Beteiligung aufzuführen)
- mehr Werbung im Vorfeld - ein einspaltiger Hinweis im Amtsblatt reicht nicht aus!
- Termine als News auf „chemnitz.de“ einstellen, Postwurfsendung im entsprechenden Stadtteil
- z. B. Auslage einer Mailliste, in die sich interessierte Bürger eintragen können, um im Anschluss über die Umsetzung der Vorschläge informiert zu werden. Auch das Verschicken eines Protokolls wäre schön, da die Zeitung nicht alles veröffentlichen kann
- Auswertung der „mitgenommenen“ Probleme vielleicht im Amtsblatt
- bessere Informationen darüber, wann, wo & welche Inhalte

Organisatorisches:

- ggf. Einreichung von Fragestellungen im Vorfeld der Versammlungen, nach meiner Auffassung haben die Veranstaltungen bereits jetzt ein hohes Niveau
- späterer Beginn, z. B. 18 Uhr

- Bilder, die projiziert werden, im Vorfeld und im jeweiligen Raum von den wichtigen Positionen ausführlich sichten
- mehr Zeit für Details, Nachhaltigkeit und „Mitbestimmung“
- mehr Zeit für die Teilvorträge und Diskussionsbeiträge
- kleinere Rahmen schaffen
- Einhaltung der Zeiten: 1 h für Vorträge der Bürgermeister muss eingehalten werden, damit genügend Zeit für Wortmeldungen der Bürger bleibt
- man kann nicht immer seine Meinung frei äußern, weil auch Vorgesetzte aus dem eigenen Betrieb mit teilnehmen, demzufolge sollte man Boxen schaffen, wo Einwohner im Vorfeld Fragen /Hinweise mit einwerfen, die in der Versammlung auch angesprochen werden
- es sollte jede Bürgerfrage schriftlich nachbereitet werden, die spontanen Antworten sind oft ungenügend
- in wohngebietsmäßig kleinerem Raum durchführen, um einzelne Problem besser zu erläutern und zu diskutieren.
- zu viele Stadtteile zusammengefasst, dadurch viel zu kurze Redezeit, wenn überhaupt, die Verwaltungsspitze wie die Stadträte nehmen die Bürger kaum ernst
- Mehr aussagekräftige Mitglieder von städtischen Gesellschaften im Podium: Vertreter bzw. Anwesenheit ALLER Bürgermeister + Stadtwerke + ÖPNV-Betreiber (CVAG) + kommunale Wohnungsgesellschaft (GGG)
- eine einfache Geschäftsordnung: Begrenzung der Redezeit, der Vortragszeit, viel Raum für Bürgeräußerungen bei Restriktionen für narzistische Gernredner; nicht der Sache dienliche Beiträge bzw. Anfragen sollten unterbunden werden
- evtl. kleinere Versammlungen, vielleicht Wohngebiet aufteilen, da zu viele Stadtteile in einer EWV
- Nur wenige Menschen gehen gern an ein Mikrofon und sprechen vor vielen Leuten. Anonyme, sachliche Anfragen sollten verstärkt möglich sein. Bürger müssen auch merken, dass ihre Probleme ernst genommen werden, indem sich etwas tut.
- Diskussion: vielleicht kann man über Befragung der Anwesenden in Form von Abstimmungsvorgaben (Fragebögen) eine größere Meinungsvielfalt erhalten
- Erläuterung von Plänen (z.B. Bau von Brücke "Deutsche Bank") und Befragung der Bürger über Fragebogen. Bürger haben Entscheidung herbeizuführen.
- Teilnahme von Kindern und Jugendlichen
- evtl. öfters

- Diskussion sollte nach Themenbereichen geordnet werden, d. h. alle Fragen zu einem Thema, danach Antworten, evtl. weitere Fragen. Danach nächstes Thema.
- allen Teilnahme ermöglichen, Gewichtung nicht nur auf Senioren in Chemnitz

#### Inhaltliches:

- Präsentationen am Anfang noch zielgerichteter, Basisinfos (wie viele Schulen gibt es) eher weglassen, mehr Hintergründe und Entwicklungstrends
- Vorträge der Dezernenten waren zu hektisch, zu sehr getrieben
- inhaltliche Ausgestaltung
- stärkere Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsthemen
- nur stadtteilbezogene Themen, keine allgemeinen politischen Fragen
- Ergebnisfestlegungen, Beschlusskontrolle, Verbindlichkeit
- inhaltliche Ausgestaltung – ÖPNV mehr thematisieren
- weniger Vortrag, mehr Diskussion, Vorabinformation zu Kernaussagen an die Bürger

#### Allgemeines

- nichts Wesentliches, evtl. noch einige Abteilungsleiter o. ä. mit einladen, die den anwesenden Vorsitzenden in bestimmten Fragen einen „Informationsvorsprung“ haben
- Ehrlichkeit
- Es wird immer noch zu viel Polemik betrieben. Leider wollen und können die Vertreter in vielen Fällen keine definitiven Aussagen machen, allerdings, so ist mein persönlicher Eindruck, erreicht man als Bürger auch kaum etwas
- mehr Nachhaltigkeit der getroffenen Festlegungen bzw. Äußerungen
- Ehrlichkeit, bürgernah
- zu viel „Podiumsdiskussion“, zu wenig echte Bürgerarbeit
- Berücksichtigung der Bürgerwünsche statt Begründung, dass es nicht geht
- zur Veranstaltung am 22.10. bräuchte nichts geändert zu werden, das war sehr gut!
- dürftige Präsentation im Vorraum zur Aula
- meinerseits keine besonderen Wünsche, ich finde es schon gut dass das Frau OB Ludwig eingeführt hat

#### Einzelprobleme:

- Vom OR Wittgensdorf fordere ich mehr Transparenz. Öffentlichkeitsarbeit und Informationen der Bürger zu kommunalpolitischen Themen liegt bei Null, im Gegensatz zu religiösen, kirchlichen Themen. Probleme der Ortschaft werden hinter verschlossenen Türen im engen Personenkreis behandelt, Parteipolitik der CDU steht im Vordergrund,

demokratische Mitarbeit der Bürger nicht gewollt, ich fühl mich in Zeit vor 1990 zurückversetzt.

- Muss so etwas in der Kirche stattfinden? Gibt es keine anderen Räume, etwa im Vita-Center oder Schulen?
- Wortmeldung war nicht möglich

Bei der Auswertung der Daten zeigten sich Zusammenhänge zwischen der Nutzung verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten und der Teilnahme an Einwohnerversammlungen. Es wird deutlich, dass vor allem die Personen an Einwohnerversammlungen teilnehmen, die auch andere Möglichkeiten der kommunalen Beteiligung (Einwohnerfragestunde, Teilnahme an Stadtratssitzungen, Sprechstunden der Oberbürgermeisterin und Bürgerforen sowie Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Schreiben von Leserbriefen) nutzen.<sup>9</sup> Es zeigt sich außerdem, dass die Teilnahme an Einwohnerversammlungen mit zunehmendem Alter steigt.<sup>10</sup>

### 2.3. Bürgerhaushalt

Die Einrichtung eines Bürgerhaushaltes heißt, dass den Bürger/innen einer Kommune ein bestimmtes kommunales Budget überlassen wird, über das sie selbst verfügen können, um Angelegenheiten ihres Stadtteiles zu regeln. Dabei sind die Themen und Projekte, auf die sich das Budget bezieht, vorher festgeschrieben. Als Bedingungen für einen Bürgerhaushalt können folgenden Punkte festgelegt werden bzw. empfehlen sich aus den bisherigen Erfahrungen heraus:

1. Im Zentrum der Beteiligung stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstadtfonds allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushalts- oder steuerpolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.

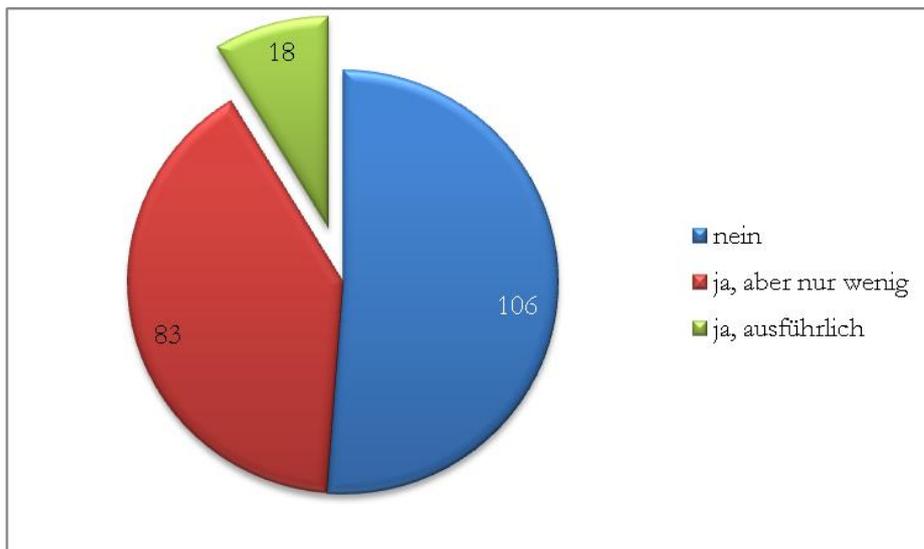
<sup>9</sup> Es wurden bivariate Korrelationen gerechnet. Hierbei wurde geprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Einwohnerversammlungen und der Nutzung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten gibt. Feststellen lassen sich ein solche signifikanten Zusammenhänge bei der Einwohnerfragestunde ( $r=.410$ ,  $p<.01$ ), der Teilnahme an Stadtratssitzungen ( $r=.280$ ,  $p<.01$ ), Sprechstunden der Oberbürgermeisterin ( $r=.254$ ,  $p<.01$ ) und Bürgerforen ( $r=.195$ ,  $p<.01$ ) sowie der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen ( $r=.227$ ,  $p<.01$ ) und Schreiben von Leserbriefen ( $r=.200$ ,  $p<.01$ ). Das heißt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an Einwohnerversammlungen steigt, wenn die Bürger/innen die genannten Beteiligungsmöglichkeiten bereits genutzt haben. Weiterhin bestehen signifikante Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten, d. h. mit der Nutzung einzelner Beteiligungsmöglichkeiten lässt sich erwarten, dass weitere genutzt werden. (Nur für die Ausschussmitgliedschaft und die Teilnahme an Bundestagswahlen lässt sich kein Zusammenhang feststellen;  $r=.116$ ,  $p>.05$ )

<sup>10</sup> Auch hier wurde eine bivariate Korrelation gerechnet, die ein signifikantes Ergebnis zeigte ( $r=.171$ ,  $p<.05$ ). Hingegen haben Schulabschlüsse ( $r=-.045$ ,  $p>.05$ ) und Berufsabschlüsse ( $r=-.059$ ,  $p>.05$ ) keinen Einfluss auf die Teilnahme an Einwohnerversammlungen.

4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess, der mittels Internet oder Versammlungen bzw. Treffen geführt wird. Eine schriftliche Befragung allein ist demnach kein Bürgerhaushalt. Ebenso nicht die bloße Öffnung bestehender Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden. (Herzberg et. al. 2007)

Zwei Fragen des Fragebogens beschäftigten sich mit dem Thema „Bürgerhaushalt“, da derzeit Gespräche und Vorarbeiten für einen Bürgerhaushalt in Chemnitz stattfinden. Zunächst war von Interesse, ob die Befragten schon einmal etwas zum Thema „Bürgerhaushalt“ gehört hatten. Abbildung 9 zeigt die Verteilung der Antworten. Es wird deutlich, dass nur 18 Befragte (9%) schon ausführlich etwas zum Bürgerhaushalt gehört haben und etwas mehr als die Hälfte noch gar nichts, was bei einer Einführung eines Bürgerhaushaltes zu Missverständnissen führen kann, da die Bevölkerung in Unkenntnis nicht darüber befinden kann, ob sie sich daran beteiligen möchte bzw. die Bestrebungen unterstützen soll. Das heißt, vor Einführung eines Bürgerhaushaltes muss es Informationen und öffentliche Diskussionen zum Thema geben.

**Abbildung 9:** „Haben Sie schon einmal etwas zum Thema ‚Bürgerhaushalt‘ gehört?“ (Angabe in Nennungen, N=207)



Eine zweite Frage erbat von den Befragten Ideen und Vorstellungen, zu welchen Themen des Bürgerhaushaltes die Einwohner/innen einbezogen werden sollten. Die folgende Nennung von Themen stellt die häufigsten Wünsche dar:

- Kultur
- Investitionen in Schulen/ Kindertageseinrichtungen
- Stadtplanung/ Stadtentwicklung/ Infrastruktur
- Ordnung und Sauberkeit
- Sanfte Mobilität: Radwege, Fußwege

- Grünflächen
- Verkehr/ Verkehrsentwicklung
- Zukunftsplanungsentwicklung, -konzepte
- „Prioritätenfestlegung bei freiwilligen Aufgaben der Stadt“
- „Gewichtung der Ausgaben insgesamt“
- „Themen egal, aber klare Spielregeln für Einflussnahme, dass es keine Alibi-Veranstaltung wird“
- „Dass ich als Bürger mitentscheiden kann, für welche freiwilligen Aufgaben (Kulturell und sozial) die zur Verfügung stehenden Mittel ausgegeben werden.“
- „Zu allen Themen, besonders die Verschuldung betreffend.“

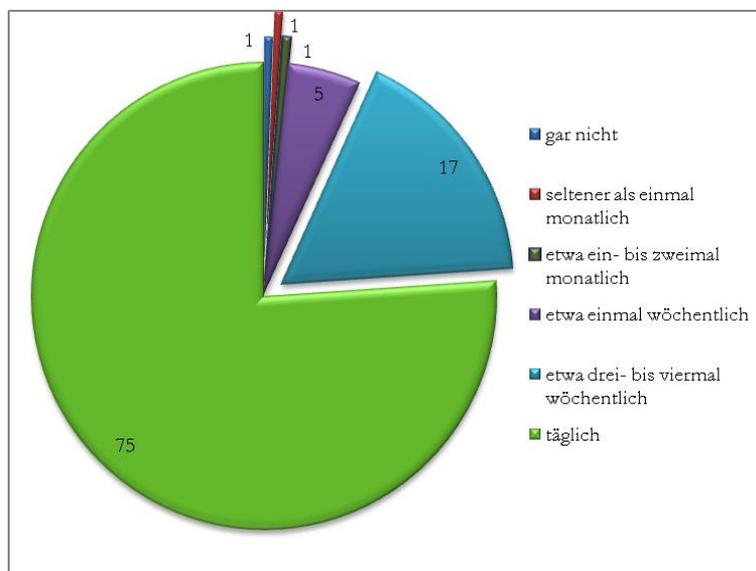
Die Themen orientieren sich – wie schon bei den Einwohnerversammlungen – an der Lebenswelt der Chemnitzer/innen und können den Grundstock für weitere Überlegungen darstellen. In den Städten, in denen bereits ein Bürgerhaushalt existiert zeigen sich ähnliche Themen, über die die Bürger/innen mitbestimmen können – in erster Linie bezogen auf Stadtteile.

#### 2.4. Internetnutzung

Das Internet erfreut sich in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmender Beliebtheit. Neben der Unterhaltung dient es v. a. als Wissensmedium, d. h. als Anlaufstelle zur Gewinnung von Wissen aufgrund der leichten Zugänglichkeit zu Informationen (sofern der Zugang zum Internet gewährleistet ist). Auch für Bürgerbeteiligungsprozesse kann das Internet hilfreich sein – es ermöglicht eine schnelle Informationsweitergabe und bietet die Chance des Austausches für Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht an anderen Partizipationsmöglichkeiten teilnehmen (z. B. körperliche Beeinträchtigungen oder die Scheu vor anderen Menschen seine Meinung zu vertreten).

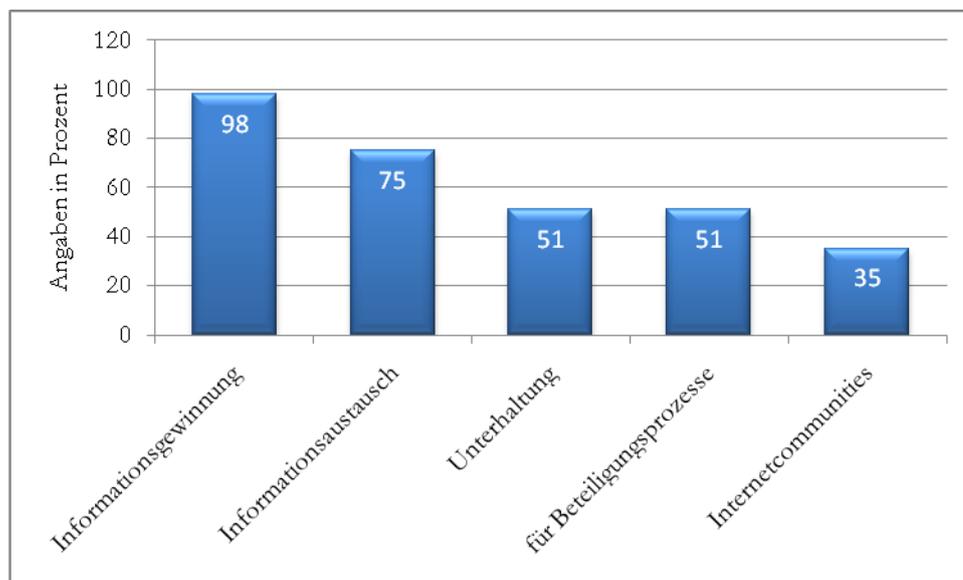
Drei Viertel der Befragten nutzen das Internet täglich und nur 1% gar nicht, seltener als einmal monatlich oder etwa ein- bis zweimal monatlich.

**Abbildung 10: Häufigkeit der Internetnutzung (Angaben in Prozent, N=179)**



Am häufigsten nutzen die Befragten das Internet zur Informationsgewinnung (98%) und zum Informationsaustausch (75%). Immerhin 51% gaben an, das Internet für Beteiligungsprozesse zu nutzen. Daraus lässt sich schließen, dass das Internet durchaus eine Alternative bzw. Parallelmöglichkeit zu herkömmlichen Beteiligungsprozessen sein kann. Darauf wird in Kapitel 4 noch einmal eingegangen.

**Abbildung 11: Gründe der Internetnutzung (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N=178)**



Bei den Internetcommunities erfreuen sich besonders Soziale Netzwerke und Facebook<sup>11</sup> größerer Beliebtheit bei den Befragten.

## 2.5. Anmerkungen und Anregungen aus der Bürgerschaft

Neben den vorgegebenen Fragen wurde den Befragten am Ende des Fragebogens die Möglichkeit geboten, noch einmal eigene Themen einzubringen, Kritik oder Wünsche zu äußern. Neben Kritiken und positiven Anmerkungen zum Fragebogen an sich, äußerten sich die Teilnehmer/innen zu verschiedenen Themen. Vorherrschend war der Wunsch, dass die Chemnitzer Bevölkerung stärker in die Planungen der Stadt einbezogen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen besser berücksichtigt werden sollten. Manche äußerten die Befürchtung, dass eine wirkliche Beteiligung seitens der Verwaltung und Kommunalpolitik nicht 100%ig gewünscht ist und dass manche Veranstaltung eher zur Beruhigung denn zur Einbindung der Bevölkerung dienen. Es wurden Vorschläge angebracht, dass die bisherigen größeren und allgemeinen Veranstaltungen die Stadtverwaltung durch mehrere fachspezifische Veranstaltungen ergänzt werden könnten, in denen spezielle Probleme und Ideen vertiefend besprochen und diskutiert werden. Weiterhin wurde der Wunsch geäußert, dass das Themenspektrum der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung erweitert wird (z.B. Umweltschutz, soziale Themen) und dass Bürgerbeteiligung ergebnisorientierter angelegt werden sollte.

<sup>11</sup> Von den Befragten, die Internetcommunities nutzen, gaben 57% Soziale Netzwerke und 46% Facebook an.

Abschließend dazu ein Zitat aus dem Fragebogen, das viele positive Äußerungen zu den Bürgerbeteiligungsbemühungen zusammenfasst: „Die Transparenz kommunalpolitischen Handelns in der Stadt hat sich in den letzten Jahren verbessert.“

## 2.6. Zwischenfazit Bürgerumfrage

Trotz der relativ geringen Teilnahme an der Bürgerumfrage lassen sich Trends bezüglich der Bürgerbeteiligung aufzeigen. Im Vergleich mit den Ergebnissen des Freiwilligensurveys gibt es eine etwas höhere Engagementquote unter den Befragten. Ob dies für die Gesamtbevölkerung von Chemnitz zutrifft, lässt sich durch diese Umfrage nicht klären.

Die Meinungen zu den Einwohnerversammlungen weisen eine große Palette von Einschätzungen auf. Es zeigt sich einerseits, dass eine Zufriedenheit mit den Veranstaltungen vorherrscht und dass sich die Organisatoren der bisherigen Versammlungen auf einem guten Weg befinden und Zuspruch erhalten. Die Vorschläge aus der Bürgerschaft aufgreifend lassen sich erste Empfehlungen entwickeln. Verhältnismäßig häufig wird die Öffentlichkeitsarbeit vor und nach den Einwohnerversammlungen seitens der Befragten angesprochen. Hier sollte noch einmal gemeinsam überlegt werden, wie diese verbessert werden könnte. Deutlich wird auch, dass der Wunsch besteht, im Vorfeld schon über Einzelnes genauer informiert zu werden. Hierzu gäbe es verschiedene Möglichkeiten: eine Veröffentlichung von tiefergehenden Informationen (Statistiken, Stand der Entwicklung und Entscheidungen zu einzelnen Themen u.ä.) auf der Homepage der Stadt Chemnitz, im Mitteilungsblatt oder über örtliche Institutionen/ Träger (bspw. Stadtteiltreffs) wäre denkenswert, die Power-Point-Präsentationen könnten ebenso im Vorfeld veröffentlicht werden. Vorteilhaft wäre die Veröffentlichung von Statements und offenen Briefen von Bürgerinitiativen, einzelnen Bürgern, Schulinitiativen u. ä. im Vorfeld, um dann auch die langen Redezeiten durch Verlesung dieser Statements zu verkürzen. Es wäre zu prüfen, welche Rolle die Homepage der Stadt Chemnitz diesbezüglich spielen könnte und welche Erweiterungen hier wünschenswert und denkbar wären.

Über weitere Vorschläge und Anregungen müsste noch einmal nachgedacht werden. Dazu zählen bspw. der Wunsch nach einer Verkleinerung der Versammlungsgebiete oder der Wunsch nach häufigeren Versammlungen. Bei letzterem Wunsch wäre zu überlegen, ob man diesem nachkommen könne, wenn der Aufwand verringert würde – durch eine größere Veranstaltung in der jetzigen Form jährlich/ alle zwei Jahre und kleinere Versammlungen zu jeweils einem Thema mit einem/ wenigen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik und einer breiteren Diskussionsmöglichkeit. Diese Versammlungen könnten dann stärker in die Hand der ortsansässigen Initiativen und Institutionen gelegt werden und bereits in Richtung Bürgerplattformen gehen bzw. ein Zwischenglied darstellen. Einen Vorschlag aus den Antworten der Umfrage aufgreifend könnte die Aufteilung der Vorträge und der Diskussionsmöglichkeiten der noch einmal überdacht werden. Denkbar wäre eine Kopplung, d. h. dass nach jedem Thema zunächst die Möglichkeit für Rückmeldungen aus dem Publikum zu diesem Thema gegeben werden könnte. Somit konzentrieren sich die Wortmeldungen thematisch. Am Ende der Einwohnerversammlungen müsste dann Zeit für allgemeine Fragen eingeräumt werden.

Sowohl bei den Einwohnerversammlungen als auch bei anderen Beteiligungsmöglichkeiten, die Gegenstand der Befragung waren, kristallisierten sich Themen heraus, die Gegenstand der Einbeziehung der Bürgerschaft sein sollten. In erster Linie werden Stadt- und Stadtteilentwicklungen, Verkehrsentwicklungen sowie soziale Themen, wie Bildung, Kinder- und

Jugendarbeit u. ä. genannt. Dies sind die Themen, die die Bürger/innen unmittelbar betreffen und zu denen sie aus ihrem Expertenstatus der Kenner/innen der Lage vor Ort Beiträge leisten können. Hier sollte über eine stärkere und frühzeitigere Einbindung der Einwohner/innen nachgedacht werden.

### 3. Auswertung der Akteursumfrage

Eine zweite Befragung im Jahr 2011 richtete sich an die Akteure der Stadt Chemnitz, d. h. es wurden gezielt Vereine, Initiativen, Institutionen und Organisationen angeschrieben, die in Chemnitz aktiv sind. Die Fragebögen wurden vom Bürgerbüro an alle registrierten Akteure der o. g. Einrichtungen und Initiativen versandt. Diese hatten die Möglichkeit, den Fragebogen direkt an die Autorin per Post zu senden oder im Internet auszufüllen und über das hinterlegte Kontaktformular per E-Mail zu schicken. 61 Akteure aus den Vereinen, Institutionen, Initiativen und Organisationen haben sich an der Umfrage beteiligt. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, gliederte sich der Fragebogen in zwei Teile. Der erste Teil, der zur Erfassung der Daten der Akteure für den Bürgerbeteiligungsatlas diente und lediglich die dafür benötigten Angaben enthielt, wurde nach Eingang des Fragebogens in eine separaten Datenmaske eingegeben und an das Bürgerbüro weitergeleitet. Der zweite Teil verblieb bei der Autorin. Die Ergebnisse des zweiten Teils werden in den folgenden Abschnitten dargestellt.

#### 3.1. Vernetzungen

Ein wichtiger Aspekt von gelingenden Bürgerbeteiligungsprozessen ist das Vernetzen der Akteure. Um in Kommunen etwas bewirken zu können, ist eine breite Basis in der Bürgerschaft vorteilhaft, die durch die Kommunikation und somit Vernetzung der verschiedensten Akteure gelingen kann. Die befragten Vereine, Organisationen, Initiativen u. ä. berichteten in den Fragebögen von einer Vielzahl von Vernetzungen in ihren Stadtteilen, die am häufigsten über:

- Stadtteilrunden/ Stadtteilarbeitskreise
- Direkten Austausch – dienstlich oder ehrenamtlich
- Arbeitsgemeinschaften
- Rahmenverträge
- Konkrete Projekte und über
- das Internet

und mit:

- Vereinen/ Institutionen (z.B. Schulen/ Schulvereine, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kirchen, Umweltzentrum, Heimatvereine, Beratungsstellen, Wohnungsunternehmen, Sportvereine, soziale Vereine...)
- dem jeweiligen Quartiersmanagement
- verschiedenen Ämtern der Verwaltung
- Kommunal- und Landespolitiker/innen sowie
- (interessierten, engagierten) Bürger/innen

stattfindet. Die direkte Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen, Vereine und Initiativen über Stadtteilrunden oder Arbeitsgemeinschaften stellt einen wichtigen Grundstock dar, von dem aus weitere Formen der Bürgerbeteiligung gestartet werden können.

Ziel der Vernetzungen im Stadtteil sind in erster Linie das gemeinsame Anregen von (infrastrukturellen) Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Erhöhung der Lebensqualität der Bewohner/innen, die Abstimmung der Angebote für Kinder und Jugendliche (inklusive der Feststellung von Defiziten in den Angeboten und Bedarfen dieser Zielgruppe), aber auch die Vorbereitung von Stadtteilsten und die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen, Institutionen, Vereinen und Initiativen zur gegenseitigen Bereicherung.

Zukünftig würden sich die Befragten noch weitere Vernetzungen wünschen und auch das Themenspektrum erweitern. Zu den gewünschten Netzwerkpartnern zählen v. a. die Bildungseinrichtungen (von Kindergärten über Schulen bis hin zur TU Chemnitz), die verschiedenen Ämter der Stadtverwaltung, das Quartiersmanagement, Vereine (häufig genannt: Schulfördervereine), (Kommunal-)Politiker/innen, Ortschaftsräte (auch anderer Stadtteile) und andere Bürgerinitiativen. Auffallend war, dass die zukünftigen Vernetzungswünsche über die Stadtteile hinaus reichen und es diesbezüglich v. a. thematische Vernetzungsgedanken gibt sowie die Idee der terminlichen Abstimmung. Ein sehr häufig auftauchendes Thema war die Schulnetzplanung, die die Akteure beschäftigt und zu der sie eine Zusammenarbeit der dieses Thema betreffenden Einrichtungen, Initiativen und Organisationen erhoffen. Einige der Befragten erwarten, dass eine stärkere Vernetzung mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung zu einer stärkeren Transparenz zu Vorhaben in der Stadt und den Stadtteilen führen könnte und dass dadurch die Interessen der Stadtteilibewohner/innen in die Überlegungen und Planungen der Verwaltung stärker einfließen. Es gibt die Ideen einer „Art Gemeinwesenstammtisch, an dem sich auch Firmen beteiligen und einbringen“ sowie von „Bürgerrunden mit Volksvertretern/ Oberbürgermeisterin (quartalsweise)“. Für die bereits bestehenden Netzwerke wünschen sich manche Befragte qualitative Fortschritte bei der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und Vereinigungen sowie eine thematische Erweiterung.

Gezielt nach der Zusammenarbeit mit der Verwaltung gefragt, gaben einige der Akteure gute und langjährige (Arbeits-)Kontakte an. Dabei muss allerdings auch beachtet werden, dass einige der befragten Einrichtungen in kommunaler Hand sind und sich daher eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung gestalten sollte. Auch persönliche Kontakte zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ämter der Verwaltung führen zu einer guten Zusammenarbeit, die genutzt werden kann, um die Belange der Bürger/innen vorzubringen und zu vertreten. Hervorgehoben wurden von einzelnen Akteuren bspw. die Einbeziehung der Bürgerinitiativen in die Vorbereitung von Einwohnerversammlungen, die Gesprächsbereitschaft (auf allen Seiten) und gemeinsame Treffen in thematischen Arbeitsgruppen, die das Verhältnis der aktiven Bürger/innen bzw. Mitarbeiter/innen in Vereinen, Institutionen oder Organisationen und der Stadtverwaltung verbessern. Einige Befragte berichten von einer Zusammenarbeit durch verschiedene Projekte (z. B. „Stärken vor Ort“) sowie über gemeinsame Planungen – vorgeschriebene (wie bspw. die Jugendhilfeplanung) ebenso wie freiwillige (z. B. in Arbeitsgruppen). Ortschaftsräte und das Quartiersmanagement werden von einigen als Scharnierstelle der Zusammenarbeit benannt.

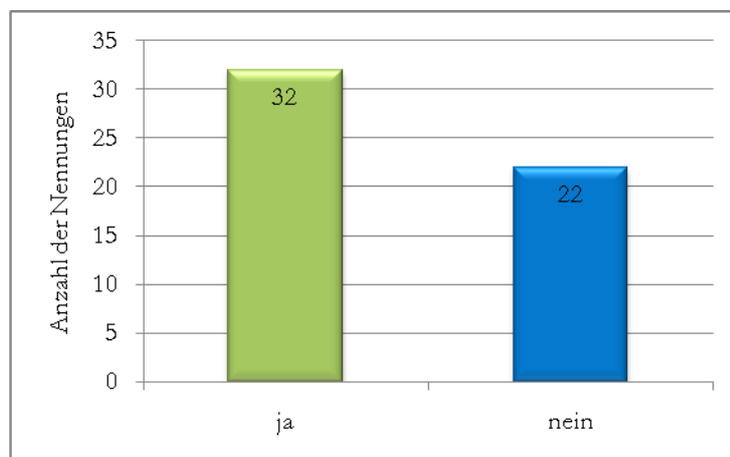
Insgesamt lässt sich feststellen, dass es unter und zwischen den Akteuren und der Verwaltung bereits gute Vernetzungen sowie weitere ausbaufähige Ideen zur Vernetzung gibt, die für die weiteren Planungen zur Bürgerbeteiligung in Chemnitz genutzt werden und eine gute Ausgangsbasis für weitere Aktivitäten bilden können.

### 3.2. Formen der Einflussnahme auf Entscheidungen der kommunalen Verantwortungsträger

Für eine lebendige und wirkliche Bürgerbeteiligung ist es notwendig, dass die beteiligten Akteure das Gefühl haben, Einfluss auf Entscheidungen der kommunalen Verantwortungsträger nehmen zu können. Einfluss heißt in diesem Fall, dass die Bürger/innen bzw. die Vereine und Initiativen ihre Ideen und Vorschläge einbringen können und diese dann ernsthaft von den Behörden und politischen Vertreterinnen und Vertretern geprüft werden und in die Überlegungen einfließen. Auch wenn die Vorschläge und Ideen nicht berücksichtigt werden können, sollten die Gründe dafür an die entsprechenden Akteure zurück gespiegelt werden.

Der Fragebogen beschäftigte sich aus den eben dargestellten Gründen zu einem großen Teil mit verschiedenen Facetten der Einflussnahme auf Entscheidungen. Zunächst war von Interesse, ob die Akteure nach ihrem Empfinden schon Einfluss nehmen konnten. Die Mehrheit bestätigt dies.

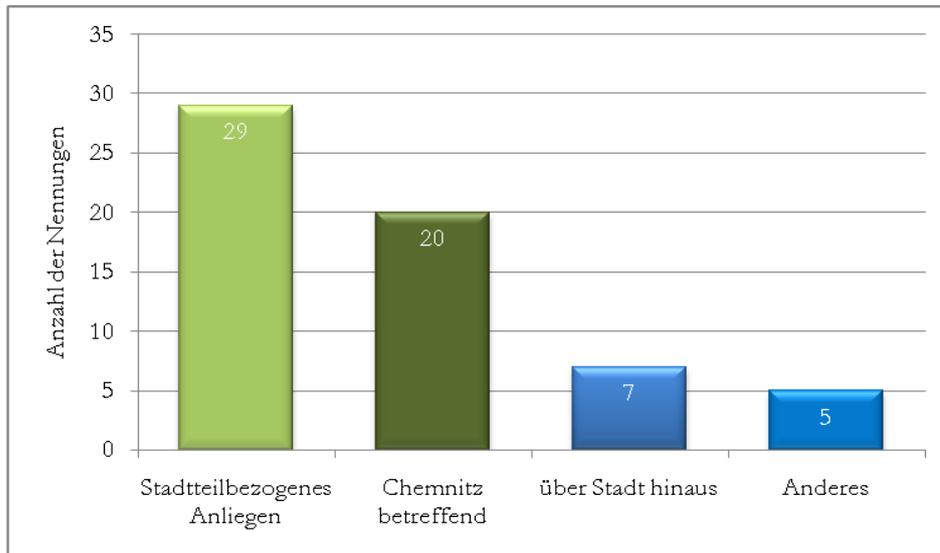
**Abbildung 12:** „Haben Sie bereits Einfluss auf Entscheidungen des Stadtrates oder der Stadtverwaltung nehmen können?“ (Anzahl der Nennungen, N=54)



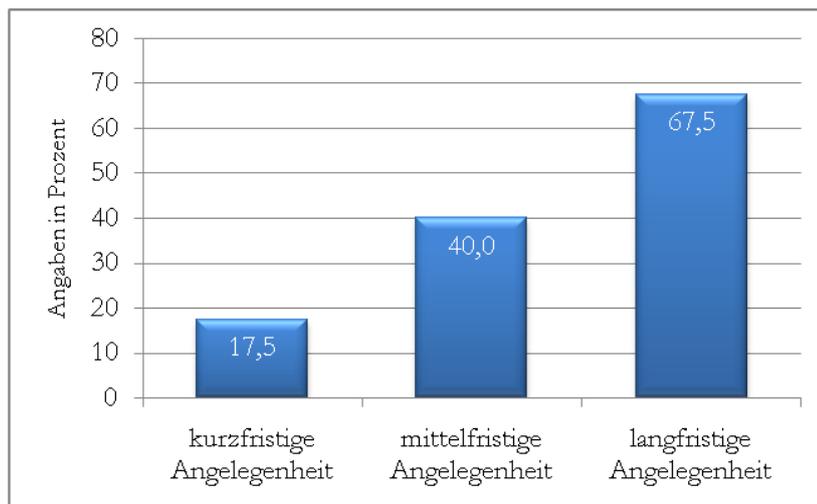
Diejenigen, die angaben, dass sie bereits Einfluss auf Entscheidungen nehmen konnten, wurden weiterhin gebeten, sich darüber zu äußern, ob sie dabei von ihren Nutzerinnen und Nutzern unterstützt wurden. Hier gaben sechs Befragte an, dass dies in starkem Umfang geschah und sieben bezeichneten die Unterstützung als reichlich. Die meisten Nennungen (15) fielen auf eine teils/ teils Unterstützung und vier Akteure fühlten sich von ihren Nutzerinnen und Nutzern darin kaum unterstützt.

Interessant war weiterhin, mit welchen konkreten Anliegen die Befragten Einfluss nehmen konnten. In erster Linie wurden hier stadtteilbezogene und Anliegen die Stadt Chemnitz betreffend (siehe Abbildung 13). Dabei waren es dann vordergründig die Langfristigen bzw. dauerhaften Anliegen, mit denen sich die Befragten an die Verwaltung wandten (siehe Abbildung 14)

**Abbildung 13: Art des Anliegens der Einflussnahme (Mehrfachnennungen möglich, N=41)**



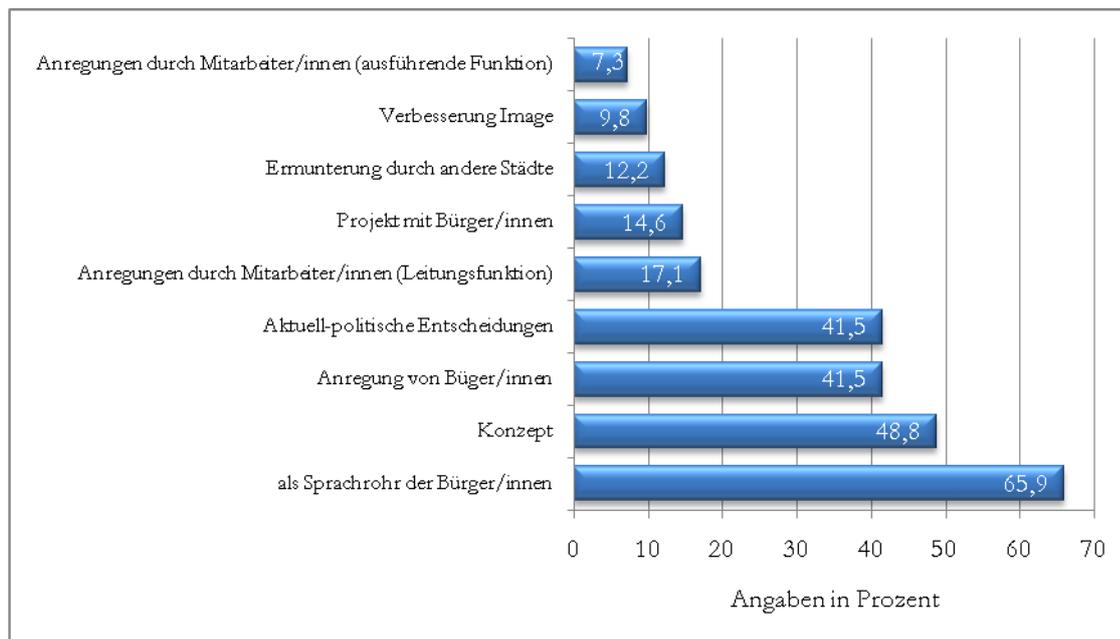
**Abbildung 14: Dauerhaftigkeit des Anliegens (Angaben in Prozent, N=40)**



Was führt dazu, dass sich Vereine, Initiativen, Institutionen oder Organisationen dazu entschließen, Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu wollen? Auch diese Frage wurde den Akteuren gestellt. Die deutliche Mehrheit der Befragten sieht bzw. sah sich als Sprachrohr der Bürger/innen, die sich nicht in der Lage fühlen, ihre Probleme allein zu lösen (65,9%). Knapp die Hälfte (48,8%) sieht in der Einflussnahme einen fest verankerten Punkt ihres Konzeptes und je 41,5% gaben an, dass dies auf Anregung von Bürgerinnen und Bürgern geschah sowie aktuellpolitische Entscheidungen sie dazu zwangen (Abbildung 15).

Die eben genannten Motive spiegeln sich auch in den speziellen Anliegen wieder, mit denen die Akteure Einfluss nehmen wollten. Hier finden sich v. a. konkrete Projekte, bevorstehende (finanzielle) Kürzungen (besonders im sozialen Bereich) und der Wunsch nach Mitgestaltung des Lebensumfeldes der Bewohner/innen.

**Abbildung 15: Motive der Einflussnahme (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N=41)**



An diesen Aussagen wird deutlich, dass über die Akteure die Interessen und Anliegen der Bürger/innen vertreten werden.

Die Befragten, die angaben, bisher noch keinen Einfluss auf Entscheidungen genommen zu haben, könnten sich vorstellen, zukünftig ihr Expertenwissen zu verschiedenen fachlichen Themen einzubringen, um sich an Entscheidungen zu beteiligen oder in einen regelmäßigen Austausch mit den Stadtrat und/ oder der Stadtverwaltung zu treten, um die eigenen Anliegen zukünftig stärker einzubringen. Prinzipiell äußern einige, dass sie sich mit großer Wahrscheinlichkeit dann einbringen werden, wenn Mittelkürzungen vorauszusehen sind oder unmittelbar bevorstehen.

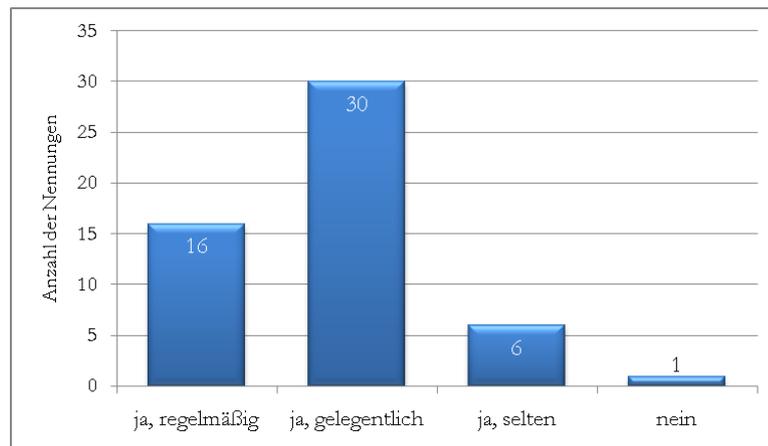
### 3.3. Beteiligung übers Internet

Wie in Abschnitt 2.4. bereits erläutert, erfährt das Internet auch bei Beteiligungsprozessen immer mehr Zuspruch. Deshalb wurden auch den Akteuren Fragen zur Internetnutzung sowie zur Bereitschaft einer stärkeren Beteiligung übers Internet befragt.

Von den Befragten verfügten zum Zeitpunkt der Umfrage 93% über einen Zugang zum Internet. Diesen Akteuren wurden weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Internet gestellt, die nachfolgend ausgewertet werden.

Da die Homepage der Stadt Chemnitz bezüglich der Beteiligung übers Internet eine tragende Rolle spielen wird, war von Interesse, ob diese von den Befragten auch besucht wird. Von den 53 Akteuren, die diese Frage beantworteten, gab nur eine Person an, die Homepage nicht zu besuchen. Der überwiegende Teil (30 Befragte) servt gelegentlich auf der Internetseite (Abbildung 16). Das heißt, dass fast alle befragten Akteure mit der Homepage vertraut sind, so dass sie eine gute Anlaufstelle für Informationen zur Bürgerbeteiligung in Chemnitz darstellen kann. Derzeit wird die Internetseite diesbezüglich umstrukturiert und bietet bereits eine Plattform für Informationen sowie Umfragen zur Bürgerbeteiligung.

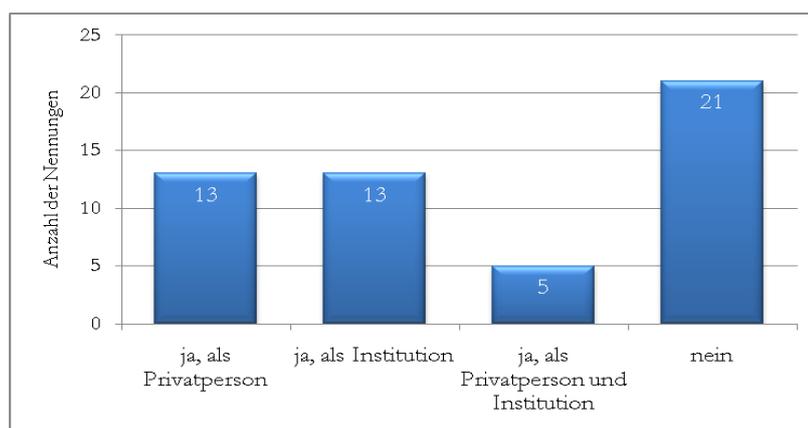
**Abbildung 16: Besuch der Internetseite der Stadt Chemnitz (www.chemnitz.de) (Angabe der Nennungen, N=53)**



Zwei Drittel der Befragten gab an, dass sie keine Internetcommunities nutzen. Bei denjenigen, die regelmäßig entsprechende Communities aufsuchen, erfreuen sich v. a. VZ-Netzwerke größerer Beliebtheit (8 Nennungen), gefolgt von Facebook und Xing (jeweils 4 Nennungen).

Auf die Frage nach der Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten im Internet gaben je 13 Personen an, dass sie von dieser Möglichkeit als Privatperson bzw. als Vertreter/in ihrer Institution oder Vereinigung Gebrauch gemacht hätten. Hinzu kommen 5 Akteure die sowohl als Privatperson als auch Vertreter/in ihrer Institution oder Vereinigung das Internet für Beteiligungszwecke genutzt haben. Das bedeutet, dass weitaus mehr als die Hälfte der Befragten, die diese Frage beantworteten, Erfahrungen mit Beteiligungsmöglichkeiten im Internet haben.

**Abbildung 17: Bisherige Nutzung des Internets für Beteiligungsmöglichkeiten (Anzahl der Nennungen, N=52)**



Zu den Möglichkeiten, die die Befragten bereits nutzten, zählen z. B.:

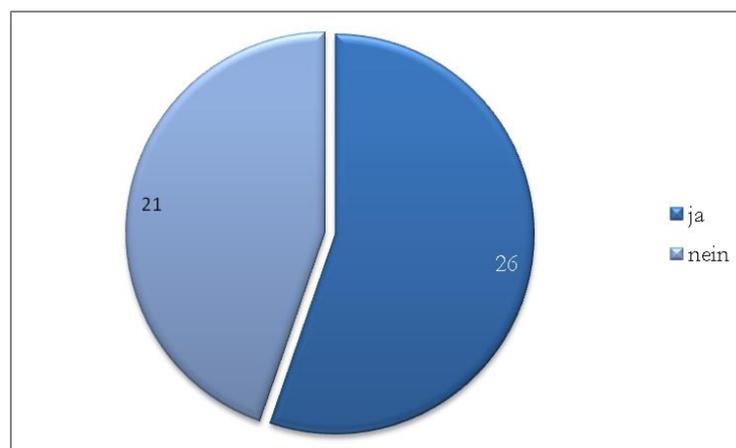
- Umfragen zu verschiedenen Themen
- Abstimmungen
- Aufrufe zur Beteiligung an Aktionstagen u. ä.
- Diskussionen, bspw. zu Sparmaßnahmen/ Kürzungen
- Meinungsaustausch in Foren

- Netzwerkabreden
- Informationen im Vorfeld von Veranstaltungen, wie Stadtratssitzungen oder Sitzungen der Ortschaftsräte
- Abgabe von Unterstützungseinträgen für den Erhalt bestimmter Projekte

Dabei wurde eine Palette von Varianten der Internetnutzung ersichtlich: Neben verschiedenen Homepages mit interaktiven Elementen dienten Foren und Netzwerke ebenso wie Emails zum Austausch von Themen und zur Informationsweitergabe.

Von Interesse ist mit Blick auf die Bürgerbeteiligungsprozesse in Chemnitz, ob sich die Akteure perspektivisch eine (stärkere) Beteiligung übers Internet vorstellen können. Abbildung 18 zeigt, dass die Meinungen dazu bei den Akteuren geteilt sind. Zwar bejahten 26 – und damit etwas mehr als die Hälfte der Befragten, die sich zu dieser Frage äußerten – die Frage, aber auch 21 können sich dies nicht vorstellen

**Abbildung 18:** „Könnten Sie sich eine (stärkere) Beteiligung übers Internet vorstellen?“ (Anzahl der Nennungen, N=47)



Bei den Formen einer stärkeren Beteiligung übers Internet wurden von den Befragten v. a. Foren, Anhörungen, Standpunktvertretungen, Informationsweitergaben und Weiterleitung von Bürgeranliegen an die Verantwortlichen in Verwaltung und Kommunalpolitik, Möglichkeiten des Meinungsaustausches und Abstimmungen bzw. Befragungen (bspw. zur Bürgerzufriedenheit) genannt. Thematisch könnten sie sich Beteiligungen zur Agenda 21, zum Ehrenamt, zur Sicherung von Schulstandorten, zu den Stadt(teil)entwicklungen, zu Veranstaltungen, zu Baumaßnahmen oder zu Abstimmungen des Stadtrates vorstellen. Wichtig ist den Akteuren eine bessere Information über laufende Prozesse, die eine Beteiligung erleichtern würde.

Zur Beteiligung der Bürger/innen übers Internet lassen sich verschiedene Pro- und Kontra-Argumente finden. Auch in den Fragebögen finden sich unterschiedliche Standpunkt. Zu den Punkten, die für eine stärkere Einbeziehung des Internets in Beteiligungsprozesse sprechen, zählen nach Ansicht der Beteiligten:

- Eine bessere Erreichbarkeit der Angebote
- Schnelle Informationen, z. B. über Einsatzstellen für ehrenamtliche Tätigkeiten oder Veranstaltungen

- Zeitersparnis, kürzere Wege
- Nutzung von Datenbanken
- Vernetzungsmöglichkeiten im Internet
- Großes Podium
- Jederzeit und an jedem Ort möglich
- Zugänge für neue Zielgruppen, Jugendliche, aber auch bildungsferne Kinder und Familien
- Ermöglichung einer breiten Einbeziehung der Bevölkerung
- Mehr Transparenz (in der Stadtpolitik)

Zu den Gründen, die gegen eine stärkere Einbeziehung des Internets in Beteiligungsprozesse sprechen, zählen:

- Zugang nicht für alle möglich
- Persönliche Klärung der Probleme ist gewinnbringender – Internet kann die Face-to-Face-Kommunikation nicht ersetzen, ist zu unpersönlich
- Thema Beteiligung lässt sich nicht übers Internet „abarbeiten“
- Fehlende Internetkompetenz bei einigen Bürger/innen

Es wird in den Aussagen deutlich, dass das Internet eine zusätzliche Alternative für Beteiligungsprozesse darstellen, die direkte Kommunikation aber nicht ersetzen kann. Als Ergänzung, für die Erschließung neuer Zielgruppen und für die Informationsweitergabe ist das Internet bei einigen Befragten durchaus vorstellbar.

### **3.4. Zwischenfazit Akteursumfrage**

In der Auswertung der Akteursumfrage wird deutlich, dass sich die Vertreter/innen der Vereine, Initiativen, Institutionen u. ä. als Repräsentanten breiter Bevölkerungsschichten sehen und diese durch ihre Arbeit gegenüber der Stadtverwaltung und den Kommunalpolitikerinnen und -politikern vertreten. Weiterhin zeigt sich, dass es bereits gute Vernetzungen zwischen den verschiedenen Akteuren gibt. Auf dieser Grundlage lässt sich im Hinblick auf die Erweiterung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten aufbauen, indem die Vereine, Initiativen, Institutionen u. ä. stärker in entsprechende Prozesse eingebunden werden bzw. um Stellungnahmen zu Themen der Stadt, der Stadtteile oder sozialer Belange gebeten werden. Über die genannten Einrichtungen und Organisationen besteht die Möglichkeit einer breiteren Einbindung der Bevölkerung, v. a. auch der Bürger/innen, die die direkten Wege der Kommunikation mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Verwaltung oder dem Stadtrat nicht beschreiten.

Auch bezüglich der Internetnutzung für Beteiligungsprozesse lässt sich zeigen, dass einige der Akteure dem gegenüber aufgeschlossen sind und bereits Erfahrungen sammeln konnten.

#### 4. Ergebnisse Bürgerplattform Brühl

Am 20.05.2011 fand die Bürgerplattform Brühl statt, an der etwa 40 interessierte Bürger/innen, Mitglieder von Bürgerinitiativen, Vertreter/innen von Vereinen, Organisationen und Quartiersmanagement sowie Gäste aus Tampere (Finnland) und Utrecht (Niederlande), Vertreter/innen des Bürgerbüros und die Oberbürgermeisterin von Chemnitz, Frau Ludwig, teilnahmen. Nach einer Eröffnung durch die Oberbürgermeisterin wurden erste Ergebnisse der eben vorgestellten Umfragen und verschiedene Partizipationsprojekte und –prozesse aus Tampere und Utrecht vorgestellt. Anschließend fanden zwei Workshops statt, die sich mit den Themen der Bürgerplattformen (Workshop 1) und der Einwohnerversammlungen (Workshop 2) beschäftigten.

Da die Autorin den Workshop 2 leitete, kann sie sich bei den Aussagen zum Workshop 1 nur auf die Protokolle berufen.

##### *Workshop 1*

Herr Rob Lammerts vom Verwey-Jonker-Instituut Utrecht leitete diesen Workshop. Im Ergebnis wurde deutlich, dass Bürgerplattformen für Chemnitz bei den Beteiligten des Workshops prinzipiell denkbar sind. Wichtig dabei ist, bereits vorhandene Strukturen und Ressourcen zu nutzen und auf bewährte Strategien zurück zu greifen. Vorstellbar wäre, dass im Heckert-Gebiet und auf dem Sonnenberg mit Bürgerplattformen begonnen wird, da dort Strukturen (wie bspw. jeweils ein Quartiersmanagement vor Ort) vorherrschen, die den Utrechter Gegebenheit ähneln. Für den Prozess ist eine gute Informationspolitik seitens der Verwaltung und eine transparente Kommunikation der anstehenden Entscheidungen und Planung unverzichtbar.

„Die Bürgerplattformen müssen sich selbst bilden. Voraussetzung dafür sind motivierte Bürger. Zur Motivation der Bürger ist es wichtig vorab zu klären, was konkret beeinflusst werden kann, wie weit die Mitbestimmung gehen kann. Es sollen klare Regeln für die Bürgerbeteiligung bestehen. Es darf keine Einbahnstraße sein, d. h. eine Rückkopplung ist wichtig. Die Bürger stellen sich in diesem Zusammenhang vor, dass die Beteiligung der Bürger auch für die Bürger wahrnehmbare Entscheidungen beeinflusst bzw. wahrnehmbar zur Entscheidungsfindung beiträgt.“ (Auszug aus dem Protokoll zum Workshop 1)

Angeregt wurden die Einführung von Beteiligungsstandards, der Aufbau von Strukturen der Vernetzung mit der Stadtverwaltung und das Verfügen über ein gewisses Budget zur Selbstverwaltung. Die Einführung von Bürgerplattformen wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshop 1 begrüßt, allerdings wurde auf den hohen zeitlichen und organisatorischen Aufwand der Beteiligten hingewiesen. Geklärt werden müssten die Themen, mit denen sich die Bürgerplattformen beschäftigen und wie man kurzfristigen, aber drängenden Themen umgeht, die ursprünglich nicht geplant waren. Angeregt wird weiterhin, dass alle Beteiligten – sowohl die Bürger/innen, Vertreter/innen der Vereine und Organisationen als auch die Vertreter/innen der Verwaltung und Kommunalpolitik – im Umgang mit den Anforderungen von Bürgerplattformen geschult werden müssen.

„Hauptsache wäre, die Sache mit den Bürgerplattformen erst einmal zu beginnen und nicht aus Angst vor Fehlern schon vorher die Segel zu streichen. Man könnte mit Pilotprojekten in einzelnen Stadtteilen beginnen in der Hoffnung, dass damit die Bürger der anderen Stadtteile motiviert werden.“ (ebd.)

*Workshop 2*

Der Workshop 2 behandelte das Thema der Einwohnerversammlungen. Zunächst wurden die Teilnehmer/innen gebeten, über ihre Erfahrungen zu berichten. Hier wurde sich v. a. positiv über die jetzige Form der Einwohnerversammlungen mit den Informationsbeiträgen, der Anwesenheit der Oberbürgermeisterin und weiterer Bürgermeister/innen sowie fachlich relevanter Expert/innen und die Möglichkeiten zur Diskussion geäußert.

Im Laufe des Workshops wurden auch einige Verbesserungsvorschläge eingebracht und gemeinsam erarbeitet. Dazu zählen:

- Die Akteurskonferenzen könnten als Instrument zur Vorbereitung der Einwohnerversammlungen stärker genutzt werden bzw. angesprochene Themen im Nachgang weiter verfolgen
- Für offen gebliebene Fragen müssten im Anschluss Möglichkeiten gefunden werden, diese zu beantworten oder mit interessierten Bürger/innen weiter daran zu arbeiten. Die Wartezeit bis zur nächsten Einwohnerversammlung im Stadtgebiet ist zu lang. Es müssten Informationskanäle gefunden werden, um die Antworten auf offene Fragen oder Diskussionen wieder in die Bevölkerung zurück zu spiegeln.
- Wichtig war den Teilnehmern in diesem Zusammenhang v. a. dass die Themen ergebnisorientiert behandelt werden, d. h. dass in den Einwohnerversammlungen festgelegt wird, wie und wann an den Themen weiter gearbeitet wird. Angeregt wurden dazu die Anfertigung von (für alle zugänglichen) Protokollen sowie weiterführenden Gesprächen zwischen interessierten Bürger/innen und der Verwaltung.
- Es wird sich mehr Transparenz gewünscht.
- Es sollten Wege gefunden werden, um bisher nicht aktiv teilnehmende Einwohner/innen<sup>12</sup> einzubeziehen, um deren Sichtweisen ebenso einbringen zu können. Die Teilnehmer/innen wiesen darauf hin, dass stets die gleichen Personen zu den Einwohnerversammlungen anwesend und sich zu Wort melden und dadurch andere nicht zum Zug kommen können. Aufmerksam machten sie auch darauf, dass es vor allem die ältere Generation ist, die die Einwohnerversammlungen besucht.
- Deshalb sollten Möglichkeiten gefunden werden, v. a. Jugendliche und jüngere Erwachsene einzubeziehen bzw. zur Teilnahme zu bewegen. Allerdings erfordert dies andere Wege der Ansprache. Als Vorschlag kam hierzu, dass hier gezielt Vereine, Jugendeinrichtungen und das Quartiersmanagement als Ansprechpartner dienen können.
- Ein Teilnehmer brachte den Vorschlag einer Drei-Schritte-Reihenfolge ein:
  - Als erstes treffen sich verschiedene Expert/innen zu einem Thema, wobei die Anwohner/innen zu bestimmten Themen durchaus als Expert/innen gelten. Bei

---

<sup>12</sup> Zu den Gründen der Nichtteilnahme zählen nicht nur Desinteresse, sondern z. B. auch zeitliche (Berufstätige haben nicht immer die Möglichkeit teilzunehmen, da der Beginn der Veranstaltung noch in ihrer Arbeitszeit liegt) oder gesundheitliche Gründe (z. B. körperliche Beeinträchtigungen, die eine persönliche Anwesenheit und/ oder das Erreichen des Veranstaltungsortes erschweren oder gar verhindern).

diesen Treffen wird das entsprechende Thema beleuchtet und Bearbeitungsvorschläge werden erstellt.

- In einem nächsten Schritt wird die Realisierbarkeit geprüft. Hier sollten dann die Verantwortlichen aus der Verwaltung und der Kommunalpolitik einbezogen werden.
- Daran anschließend und abschließend sollte eine breite Öffentlichkeitsarbeit stattfinden (über verschiedene Medien sowie Versammlungen), um alle Betroffenen zu informieren und weitere Sichtweisen einfließen zu lassen. Somit ist eine fachliche Absicherung gewährleistet und die Bürgerschaft in die Entscheidungsfindung einbezogen.
- Eine weitere Idee aus dem Teilnehmerkreis des Workshops war die Schaffung von Treffpunkten für die Einwohnerschaft in Gebieten, in denen keine existieren. Dadurch kann die Einbindung der Bürger/innen sowie die Kommunikation untereinander gewährleistet werden und aus diesen Treffen heraus Beteiligungsprozesse angestoßen werden.
- Als teilweise sehr schwierig und mangelhaft wurde die Öffentlichkeitsarbeit zu den Einwohnerversammlungen angesprochen. Vor allem bei den Presseberichten zeigte sich eine große Unzufriedenheit – bspw. wurde bemängelt, dass die Artikel in der Freien Presse nach Einwohnerversammlungen nicht aussagekräftig waren und nur wenige besprochene Themen Gegenstand der Berichterstattung waren (hier i.d.R. die kontroversen Themen, deren Diskussion oft nicht realitätsnah wiedergegeben wurden). Vorgeschlagen wurde, dass von den Besucher/innen oder Verantwortlichen der Einwohnerversammlungen anschließend Berichte für die Medien erstellt werden.

Ein weiteres Thema im Workshop war das Einbeziehen des Internets als Erweiterung der Bürgerbeteiligung. Die Argumentationen entsprachen etwa den im Abschnitt zur Akteursumfrage dargestellten Ergebnissen des Für und Wider einer Internetbeteiligung. Ergänzend kam der Hinweis, dass spezielle Foren und Diskussionsplattformen sehr hilfreich sein könnten, hierbei aber darauf zu achten ist, dass durch die Anmeldung mit Namen und Bild Missbräuche zwar nicht verhindert, aber eingedämmt werden könnten und dass es wichtig ist, dass die Foren und Plattformen beaufsichtigt werden, um einen sachlichen Austausch zu gewährleisten. Insgesamt standen die Teilnehmer/innen dem Internet überwiegend positiv gegenüber, sofern es nicht die direkten und persönlichen Kommunikationen und Beteiligungsformen verdrängt, sondern als Ergänzung dazu gesehen wird.

Durch die zeitliche Begrenzung des Workshops konnten nicht alle Themen behandelt werden und die Diskussion musste abgebrochen werden. Es herrschte eine sehr angenehme und konstruktive Atmosphäre, die dazu anregte, Veranstaltungen dieser Art bzw. Gruppengespräche mit Akteuren und interessierten Bürger/innen häufiger anzubieten bzw. für Beteiligungsprozesse stärker zu nutzen.

## 5. Fazit und Ausblick

Die beiden Umfragen belegen, dass sich die Stadt Chemnitz bereits auf einem guten Weg zu mehr Bürgerbeteiligung befindet. Einige der bereits bestehenden Beteiligungsprozesse wurden überarbeitet und an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst und es gibt Überlegungen, weitere Möglichkeiten, wie bspw. Bürgerplattformen oder den Bürgerhaushalt, zu initiieren. Diese Bemühungen werden von den Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis genommen. In den vorangegangenen Kapiteln wurde aber auch deutlich, dass es noch Verbesserungsbedarf gibt und aus der Bürgerschaft und von den Akteuren wurden Vorschläge zur Verbesserung eingebracht. Dazu zählen z. B. die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, die in fast allen angesprochenen Bereichen Defizite aufweist ebenso wie die Erweiterung der Themenpalette, zu der die Bürger/innen und Akteure einbezogen werden sollten. Die Rolle des Internets für Beteiligungsprozesse sollte in einem größeren Diskussions- und Informationsprozess noch einmal abgesteckt werden, um optimale Lösungen zu finden und Bedenken auszuräumen. Das Internet sollte immer als Ergänzung zu den bestehenden bzw. aufzubauenden Beteiligungsmöglichkeiten und nicht als Ersatz gesehen werden.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle noch auf einen Aspekt in Beteiligungsprozessen, der immer wieder auftritt. Durch die Dominanz der Bürger/innen aus der höher gebildeten Mittelschicht ergeben sich häufig Ausgrenzungstendenzen innerhalb von Beteiligungsprozessen und des freiwilligen Engagements bei Bevölkerungsgruppen, die landläufig als „benachteiligt“ bezeichnet werden. Ausführungen zu dieser Problematik finden sich bei Munsch (vgl. Munsch 2006), die darauf hinweist, dass die Ursache für das fehlende Engagement bestimmter Personengruppen nicht immer in den Personen und fehlendem Interesse zu finden ist, sondern freiwilliges Engagement durch die Dominanz des „Mittelstandes“ (Erwerbstätige mittleren Alters in teilweise führenden Positionen) für weniger wortgewandte und weniger beteiligungserfahrene Bürger/innen wesentlich erschwert wird. Eine weitere, meist ungenügend beachtete Bevölkerungsgruppe stellen die Kinder und Jugendlichen dar. Auch für diese Gruppen sollten entsprechende Angebote unterbreitet werden und Bemühungen unternommen werden, auch deren Ideen und Meinungen in die laufenden Prozesse einzubinden. Bei den derzeitigen Bemühungen der Stadt Chemnitz zum Ausbau der Bürgerbeteiligung sollte noch einmal speziell darauf geachtet werden, bisher nicht beteiligte Bürger/innen sowie Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Die Ansprache über das Quartiersmanagement, Einrichtungen, Vereine und Initiativen kann eine Lösung dieses Problems darstellen.

Abschließend soll noch einmal betont werden, dass die vorliegende Analyse einen Teil der Gesamtanalyse darstellt und weitere Untersuchungen ausstehen (qualitative Befragungen verschiedener Akteure, Gruppengespräche), die dann in einem Gesamtbericht zusammengefasst werden.

## 6. Quellenangaben

Gensicke, Thomas/ Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement,

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

(Aufgerufen am 15.03.2011)

Herzberg, Carsten/ Röcke, Anja/ Sintomer, Yves (2007): Was ist ein Bürgerhaushalt, <http://www.buergerhaushalt.org/grundlagen/was-ist-ein-buergerhaushalt/> (aufgerufen am 24.06.2011)

Munsch, Chantal (2006): Bürgerliches Engagement und soziale Ausgrenzung. In: König, Frank/Feske, Nicol/Ebert, Anett (Hrsg.): Europäische Bürgergesellschaft im Dialog der Generationen (Dokumentation zu einer Fachtagung am 06. und 07. April 2006 in Dresden). Norderstedt, S. 59-67

Stadt Chemnitz, Die Oberbürgermeisterin (Hrsg.) (11.05.2010): Statistische Informationen. Stadtteile 2009, Chemnitz

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Herkunft der ausgefüllten Fragebögen	3
Tabelle 2:	Höchste Schulabschlüsse der Befragten	4
Tabelle 3:	Höchste Berufsausbildung der Befragten	4
Tabelle 4:	Teilnahme an Einwohnerversammlungen	10
Tabelle 5:	Kreuztabelle: Teilnahme an Einwohnerversammlungen und Stadtteil	11

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Verteilung der Befragungsteilnehmer/-innen auf Altersgruppen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung Chemnitz	4
Abbildung 2:	Geschlecht der Befragten im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung	5
Abbildung 3:	Familienstand der Befragten	5
Abbildung 4:	Überblick Kinder der Befragten	5
Abbildung 5:	Verteilung der Befragten auf die Stadtgebiete (Einwohnerversammlungsgebiete)	6
Abbildung 6:	Bereiche des Engagements der Befragten	7
Abbildung 7:	Angaben zu den allgemeinen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung	8
Abbildung 8:	Herkunft der Informationen zu gesellschaftlichen und politischen Themen	9
Abbildung 9:	„Haben Sie schon einmal etwas zum Thema ‚Bürgerhaushalt‘ gehört?“	18
Abbildung 10:	Häufigkeit der Internetnutzung	19
Abbildung 11:	Gründe der Internetnutzung	20
Abbildung 12:	„Haben Sie bereits Einfluss auf Entscheidungen des Stadtrates oder der Stadtverwaltung nehmen können?“	24
Abbildung 13:	Art des Anliegens der Einflussnahme	25
Abbildung 14:	Dauerhaftigkeit des Anliegens	25

Abbildung 15: Motive der Einflussnahme	26
Abbildung 16: Besuch der Internetseite der Stadt Chemnitz ( <a href="http://www.chemnitz.de">www.chemnitz.de</a> )	27
Abbildung 17: Bisherige Nutzung des Internets für Beteiligungsmöglichkeiten	27
Abbildung 18: „Könnten Sie sich eine (stärkere) Beteiligung übers Internet vorstellen?“	28